:antifaschistische nachrichten Nr. 25/26

g 3336 11.12.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Neues aus der „AfD“

HESSEN/HAMBURG/ZWEIBRÜCKEN. Der Landesvorstand der hessischen „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat den erst kürzlich gewählten Landessprecher, Peter Münch, seines Amtes enthoben. Münch wird vorgeworfen, u.a. falsche Angaben über die Zeit seiner Mitgliedschaft in der Partei „Die Republikaner“ gemacht zu haben. Gegen die Absetzung Münchs protestiert u.a. die „Patriotische Plattform“, ein (inoffizieller) Zusammenschluß von Mitgliedern und Freunden der AfD, die sich u.a. gegen „die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft“ auf deutschem Boden richtet. Die rechte Plattform hat gerade das Hamburger AfD-Mitglied Tatjana Festerling in ihre Reihen aufgenommen. Diese hatte unlängst an der rechten HoGeSa-Demo gegen Salafisten in Köln teilgenommen und darüber berichtet. Fensterling habe aber „allen Versuchen, sie aus der AfD zu drängen, bislang standgehalten und dabei ein erstaunliches Maß an Unterstützung mobilisiert“, heißt es bei der „Patriotischen Plattform“. Künftig soll Fensterling den Landeskreis Hamburg der „Patriotischen Plattform“ aufbauen, – wie sie selbst sagt – die nationalkonservativen Positionen in der AfD zu stärken. Unterdessen nahm im November die Zweibrücker AfD-Stadträtin Melanie Schneider an einer Podiumsdiskussion der Wiener FPÖ teil. Unter dem Motto „DiebInnen und RäuberInnen – Wieviel Political Correctness ist noch zu ertragen?“ diskutierte Schneider mit FPÖ-Chef Strache und dem Publizisten Akif Pirincci („Deutschland von Sinnen“). Pirinccis Äußerungen zum Thema Zuwanderung arteten dabei „zu einem Rundumschlag gegen den Islam“ aus, berichtete die „National-Zeitung“. *hma* ■

„PdV“ ohne Vorstand

Bei der neoliberalen Kleinpartei „Partei der Vernunft“ (PdV), die unlängst noch Unterschriften gegen die Einführung des Mindestlohns gesammelt hatte, sind Mitte November wesentliche Teile des Bundesvorstandes zurück- und aus der Partei ausgetreten. Darunter befinden sich auch die Bundesvorsitzende Susanne Kablitz, der

Aus dem Inhalt:

Eindrücke vom NSU-Prozess 4
Front National-Parteitag in Lyon 7

Keine Zusammenarbeit mit den „Mahnwachen“

Eine Zusammenarbeit mit den „Mahnwachen“ kommt für die VVN-BdA nicht infrage

Köln, 2.11.2015
Foto: K.R.

Deshalb unterzeichnen wir keine Aufrufe für den „Friedenswinter“, die von Mahnwachen oder deren Vertreter_innen unterschrieben werden. Alle Gliederungen werden aufgefordert, vor der Teilnahme an Veranstaltungen des „Friedenswinters“ zu prüfen, wer die örtlichen Aktivitäten organisiert, bewirbt und prägt.

Begründung:

Im März 2014 fanden die ersten „Mahnwachen für den Frieden“ statt. Thema war vor allem die Situation in der Ukraine, von der die Teilnehmenden befürchteten, sie könnte zum „3. Weltkrieg“ führen. Schnell kam es zur Gründung eines Dachverbands „Friedensbewegung 2014“, in dem die lokalen Initiativen zusammengeschlossen sind. Was „spontan“ und „unorganisiert“ wirkt, wurde allerdings von Personen initiiert, die entweder selbst rechts verortet sind, wie der Querfront-Stratege Jürgen Elsässer, der AfD-Anhänger mit Sympathien für Nazis Lars Mährholz und der Antisemit Ken Jebsen oder von solchen, die keine Notwendigkeit sehen, sich nach rechts abzugrenzen.

Querfront-Strategie zeichnet sich in der Praxis aus durch Konzentration auf ein Ziel, das angeblich „ideologiefrei“ durch breite Mobilisierung „nicht links, nicht rechts, sondern vorwärts“ (J. Elsässer) verfolgt wird. Dem entspricht z. B. der Verhaltenscode, dass keine Erkennungszeichen von Organisationen bei „Montagsmahnwachen“ gezeigt werden dürfen. Inhaltlich wird dies durch die platte Art von „Kapitalismus“- und „Imperialismus“-Kritik deutlich, die immer dort auftaucht, wo Rechte versuchen, linke Themen zu besetzen. Statt Analyse komplexer Zusammenhänge geht es da um simple antiamerikanische Ressentiments und undifferenzierte Pro-Russland-Haltung, die Ablehnung des „Zinssystems“, das angeblich den Kern des Kapitalismus ausmacht und – seit Beginn des jüngsten Gaza-Krieges – um einseitige Israel-Schelte. Dazu kommen eine allgemeine „Eliten“-Kritik mit Schwerpunkt auf Banken, Politiker und Medien, die – direkt oder indirekt – als Teile einer Verschwörung dargestellt werden.

Dass bei den „Montagsmahnwachen“ jede Menge Menschen unterwegs sind, die einen erheblichen Teil ihres Lebens online verbringen und davon überzeugt sind, dass „die Wahrheit“ im Netz verbreitet wird, passt dazu.

Nun wird uns immer wieder vorgehalten, dass Mahnwachen und Ihre Vertreter_innen – auch die oben genannten – sich inzwischen eindeutig antifaschistisch positioniert hätten. Dazu wird auch gern ein im Oktober in Zeitz gefasster Beschluss zitiert, den Lars Mährholz in einem Schreiben an die Mahnwachen zur Kenntnis gebracht hat. Bereits der 2. Teil des Schreibens macht deutlich, dass es sich dabei um ein rein taktisches Lippenbekenntnis handelt: die rechten Inhalte werden nicht zurückgewiesen, sondern lediglich als der Diskussion nicht zuträglich und verzichtbar qualifiziert.

Fazit: In Zeiten, in denen Rechte offensiv versuchen linke Themen zu besetzen, sind wir gut beraten, genau hinzusehen, mit wem wir uns in eine Reihe stellen, genau hinzuhören was gesagt wird und uns von jedem Querfront-Versuch zu distanzieren.

VVN-BdA, 4. Dezember 2014 ■

stellvertretende Bundesvorsitzende Uwe Schröder, Bundesgeschäftsführer Johannes Roßmanith und Bundesgeneralsekretär Gerhard Breunig. In einem Interview mit Susanne Kablitz im Internetradio der rechtsliberalen Zeitschrift „eigentümlich frei“ ist die Rede von innerparteilichen Auseinandersetzungen, die schon seit längerem schwelten. Das im Amt verbliebene Bundesvorstandsmitglied Rainer Hoffmann soll nun in Abstimmung mit den Landesvorständen Schritte einleiten, um die volle Handlungsfähigkeit schnellstmöglich wiederherzustellen. *hma* ■

„Lesertreffen“ im März

SACHSEN-ANHALT/THÜRINGEN. Vom 6. bis 8. März 2015 soll in einem „hochkarätigen Hotel“ im „Raum Sachsen-Anhalt/Thüringen“ das nächste „Lesertreffen“ der extrem rechten Zeitschrift „ZUERST!“ stattfinden. Das in Kooperation mit dem „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Trakehnen“ veranstaltete Treffen musste 2014 ausfallen. Als Referenten werden für 2015 u.a. angekündigt: Dr. Menno Aden von der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG), bis 2012 Vorstandsmitglied des „Verein Deutsche Sprache“, Oberst a.D. Klaus Ulrich Hammel, früher für den rechtsgewirkten „Bund Freier Bürger“ aktiv, der neurechte russische Politologe Alexander Dugin, Jan von Flocken, Autor in „COMPACT“, „ZUERST!“ und der „Jungen Freiheit“, die Publizisten Akif Pirincci, James Bacque und Dr. Walter Post sowie Barbara Rosenkranz aus Österreich, bis 2013 Landesrätin der FPÖ. *hma* ■

Verleger Hans Bär gestorben

Hans Bär, jahrzehntelang Leiter des mit der VVN-BdA verbundenen Röderberg-Verlages, einem Wegbereiter antifaschistischer Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik, ist am 15. November 2014 im Alter von 89 Jahren in Bensheim gestorben.

Hans Bär gehörte zu den Menschen, die durch ihre undogmatische Gradlinigkeit beeindrucken. Mehr als drei Jahrzehnte lang hat Hans Bär, geprägt von den Erfahrungen der Nazizeit und des Krieges, den Röderberg-Verlag in Frankfurt am Main geleitet, und ihm durch die Herausgabe antifaschistischer Literatur zu hohem Ansehen verholfen.

Zu den wichtigsten Publikationen des Verlags gehörte die antifaschistische Wochenzeitung „die tat“. Sie brachte 1959 die Nazi-Vergangenheit des Vertriebenenministers Theodor Oberländer zu Sprache und bewirkte damit seinen Rücktritt. 1963 prangerte sie die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den wegen Auschwitzverbrechen verurteilten IG Farben-Manager Heinrich Bütefisch an, der die Auszeichnung daraufhin zurückgeben musste.

Einen seiner größten Bucherfolge erzielte der Verlag mit der Herausgabe des Dokumentarbandes „Macht ohne Moral“, anhand dessen sich die Staatsanwälte im Auschwitz-Prozess ein Bild über das Ausmaß der von den Nazis begangenen Verbrechen verschafften.

Ebenfalls im Röderberg-Verlag erschien 1975 der Bild- und Dokumentenband „Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933-1945“, der zu den ersten seiner Art in der Bundesrepublik gehörte.

Mit der von Hans Bär ins Leben gerufenen „Bibliothek des Widerstandes“ bekamen Widerstandskämpfer und Hinterbliebene von Opfern des Naziterrors erstmals Gelegenheit, über örtliche und regionale Widerstandsaktionen zu berichten und ihre Erfahrungen an die nachfolgenden Generationen weiter zu geben.

Die VVN-BdA Hessen / Kurt Nelhiebel ■

3000 Menschen demonstrieren gegen Asylpolitik und PKK-Verbot

Panikmache von Polizei und Handelsverband haltlos

An die 3000 Menschen haben am heutigen Samstag in Köln gegen die bundesdeutsche und europäische Asylpolitik sowie für die Aufhebung des PKK-Verbots demonstriert. Unter dem Motto „Grenzen überwinden! PKK-Verbot aufheben!“ hatte ein breites Bündnis antirassistischer, kurdischer und weiterer linker Gruppen zum Protest gegen die am kommenden Wochenende stattfindende Innenministerkonferenz (IMK) aufgerufen.

Zur Großdemonstration kommentiert Bündnissprecherin Anna Kiefer: „Mit unserer Demonstration haben wir deutlich gemacht: die Asylpolitik der EU macht Europas Außengrenzen zu Festungen. Die Innenminister der BRD treiben diese Politik maßgeblich voran. Mit der erneuten Verschärfung der Asyl- und Aufenthaltsgesetze sollen noch mehr Menschen abgeschoben werden.“

Bündnissprecher Siyar Kulu ergänzt: „Der Terror des Islamischen Staats zwingt Millionen Menschen zur Flucht. Kurdinnen und Kurden sind in Deutschland dem Verbot der PKK ausgesetzt. Das PKK-Verbot bedeutet Kriminalsierung der kurdischen AktivistInnen und schwächt jene, die in Nordsyrien am stärksten Widerstand gegen den IS leisten. Wir fordern daher endlich die Aufhebung des PKK-Verbots.“

Im Vorfeld der Veranstaltung wurde der Demonstrationszug durch die Innenstadt von der Polizei verboten (*Der Einzelhandelsverband befürchtete Einbußen beim Weihnachtsgeschäft; Anm. Red*). Erst ein Urteil des Verwaltungsgerichts führte zur Aufhebung der Auflagen und des Verbots. „Die Profitinteressen des Handels und die Panikmache der Polizei haben sich nicht durchgesetzt. Alle Voraussagen von Polizei und Stadt haben sich als falsch und haltlos herausgestellt, die Demonstration ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Wir haben unser Ziel erreicht: Unsere Demonstration konnte wie geplant stattfinden und Tausende haben ein Zeichen für offenen Grenzen und gegen das Verbot der PKK gesetzt“, so Bündnissprecherin Anna Kiefer.

Zum Verhalten der Polizei äußert die Bündnissprecherin: „Die Polizei hat durch ihr massives Auftreten die haltlosen Anschuldigungen an die Demonstration aufrecht erhalten. Filmaufnahmen von Demonstrierenden und Kesselungen der Blocks haben die Demonstrationsfreiheit eingeschränkt.“

Aktuelle Informationen erhalten Sie auf *noimk.org.* ■

Foto: p.b.

„Jeder Angriff ist einer auf uns alle!“

Hannover: Demonstration gegen VH-13

Am frühen Freitagabend (28.11.) demonstrierten etwa 250 Personen in Hannover gegen die zahlreichen Übergriffe von hannoverschen Hooligans auf Linke in den letzten Monaten. Unter dem Motto „Jeder Angriff ist ein Angriff auf uns alle!“ zog der Protestzug durch die Nordstadt. Mit Redebeiträgen wurden Anwohner*innen und Passant*innen über die Umstände aufgeklärt.

„Mit der heutigen Demonstration ist es uns gelungen ein deutliches Zeichen gegen gezielte Angriffe auf linke Aktivist*innen zu setzen. Uns war es wichtig, öffentlich klar zu stellen, dass es sich bei den Angriffen nicht um Auseinandersetzungen zwischen Fußballfans gehandelt hat, wie von vielen Medien nach dem 3. Oktober fälschlicherweise berichtet.“ sagt Thomas Müller, Sprecher des Organisationskreises der heutigen Demonstration. Und weiter: „Wir freuen uns, dass trotz der Kälte so viele Menschen gekommen sind, um unser Anliegen zu unterstützen. Die Demonstration werten wir als Erfolg.“. Einziger Wermutstropfen war laut Thomas Müller jedoch die massive Polizeipräsenz: „Die Polizei hat von Anfang an die Versammlung massiv gestört und u.a. versucht Menschen am verteilen von Flyern zu hindern.“

Anlass der Demonstration waren die – in den letzten Monaten häufiger werdenden – Angriffe von hannoverschen Nachwuchswuchs-Hooligans der Gruppierung VH-13 und deren Freunden, die mitunter in Kleingruppen gezielte Hetzjagden auf vermeintlich linke Aktivist*innen in der Nordstadt und im gesamten Stadtgebiet veranstalteten. Höhepunkt dieses akuten Bedrohungsszenarios waren zwei Angriffe am 3. und 4. Oktober, bei denen jeweils eine Person schwer verletzt wurde.

Mit Ansagen wie „Die Nordstadt ist jetzt nicht mehr Politik, die Nordstadt ist jetzt Fußball!“ und „Wir kriegen Euch alle, ihr Antifafotzen!“ versuchten die Hools, die teilweise selbst in der Nordstadt wohnen, das Territorium für sich zu markieren. Diesem Anspruch haben die Teilnehmer*innen heute eine klare Absage erteilt: „Die Nordstadt bleibt politisch. Wir lassen uns nicht einschüchtern! […]“, hieß es dazu in einem der Redebeiträge in der Nähe des Wohnhauses von einem der führenden Köpfe von VH-13.

Antifaschistisches Bündnis
Quelle: https://linksunten.indymedia.org
28.11.2014

Was ist „VH-13“?

Die Hooligan-Gruppe „Vulture Hannover 13“ (VH-13) wurde Ende 2013 gegründet und sieht sich als Sammelbecken für junge Leute, die sich als Hooligans und gewaltbereite Fußballfans definieren. Sie setzt sich aus ehemaligen Mitgliedern verschiedener Ultragruppen zusammen, wie bspw. den „Rising Boys Hannover“ (RBH) und den „Ultras Hannover“ (UH). Zudem sind Teile der mittlerweile inaktiven Nazihoolgruppierung „Royal Riot Hannover“ bei VH-13, bzw. in dessen Umfeld aktiv. VH-13 verstehen sich selbst als „unpolitisch“, wie es im Fußballjargon oft heißt. Ein vor kurzem von den Ultras Hannover veröffentlichter Text zur geplanten HoGeSa-Demonstration in Hannover kann als stellvertretend zur Gruppenposition der Hooligans angesehen werden. Hier heißt es unter anderem: „Egal, ob nun Nazis, Bullen, heuchlerische Funktionäre aus Sport und Politik, sensationsgeile Medienvertreter, Linksfaschisten oder religiöse Fanatiker. Wir haben auf alle keinen Bock.“ Zwar sind VH-13 nicht allein verantwortlich für die unzähligen Übergriffe und Einschüchterungsversuche auf Antifaschist_innen in den letzten Monaten, da diese auch von Teilen der Ultraszene von Hannover 96 mitgetragen werden. Jedoch spielt die Gruppierung seit den Angriffen vom 3. Oktober eine zentrale Rolle im Konflikt, da erstmals über mehrere Wochen hinweg gezielt Antifaschist_innen organisiert und geplant angegriffen wurden.

http://luhcontra.blogsport.de/2014/11/20/jeder-angriff-ist-ein-angriff-auf-uns-alle

Rassisten-Marsch am 12.1.2015 in Leipzig

Voraussichtlich am 12. Januar will ein Bündnis namens „Legida“ in Leipzig aufmarschieren. Angelehnt ist die rassistische Aktion an die wöchentlichen Dresdner „Pegida“-Märsche, ausgeschrieben: „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Zuletzt versammelten sich dafür am vergangenen Montag in der Landeshauptstadt bis zu 7500 Personen, darunter etliche Neonazis. Erstmals war es zu diesem Anlass gelungen, den bereits siebten Aufmarsch in Folge durch eine Blockade zur Umkehr zu zwingen. Antifaschistische und antirassistische Gruppen rufen für kommenden Montag erneut zu Gegenprotesten auf. Womöglich haben die bereits Wirkung gezeigt:

„Pegida“ will eine „Großkundgebung“ durchführen, auf den gewohnten Marsch aber verzichten.

Noch keine Anmeldung für Leipzig

Der „Pegida“-Sprecher Lutz Bachmann teilte unterdessen in einem heute vorab veröffentlichten Interview mit der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit, dass ihm die Polizei zugesagt habe, keine erneute Blockade zu dulden – und dass er künftig mit der Teilnahme von 10 000 Personen rechne. So weit ist die Auskopplung in Leipzig noch lange nicht. Sie agiert derzeit nur auf „Facebook“, eine Anmeldung liegt noch nicht vor.

Mit der Teilnahme etlicher Neonazis und weiterer Rassisten wird zu rechnen sein.

AfD-Rechtsaußen ist „Mitstreiter“

Zudem wurde heute auf der „Legida“-Seite ein erster namhafter „Mitstreiter“ benannt: Hans-Thomas Tillschneider. Er ist Sprecher der extrem rechten „Patriotischen Plattform“ in der AfD. Die „Patriotische Plattform“ machte sich kurz vor der Landtagswahl als Unterstützer einer Veranstaltung mit dem österreichischen FPÖ-Politiker Andreas Mölzer einen Namen, der die EU als „Negerkonglomerat“ bezeichnet hatte.

Die Veranstaltung wurde kurzfristig abgesagt und sorgte für innerparteiliche Kritik. Von gewandelten Überzeugungen ist aber nicht auszugehen. Zu den Diskussionen um „Pegida“ bemerkt Tillschneider nun wörtlich: „Wenn in der Sprache der Mainstream-Presse jeder, der auf Ebene des Staates einen Unterschied zwischen dem Eigenen und Fremden macht, als „Rassist“ gilt, nun gut, so bin ich in diesem Diskurs eben ein ‚Rassist’“

Ausführliche Analyse erschienen

Aus Anlass der aktuellen Konjunktur rassistischer Mobilisierungen hat das Antifa-Komitee Leipzig eine kritische Analyse vorgelegt. (www.leipzig.antifa.de) Das umfangreiche Diskussionspapier will zu einer politischen Verortung der rechten Protestwelle beitragen und die Mythenbildung um „Hooligans“ abräumen. …

5. Dezember 2014 ■

Lügen und Verharmlosen X

„Das kameradschaftliche Gefühl, das man von der Bundeswehr kannte, wurde halt in der Szene ein bisschen weitergelebt.“ Eindrücke aus dem NSU-Prozess

Es gibt Tage im Prozess gegen Mitglieder und Unterstützer des „Nationalsozialistischen Untergrundes“, die man kaum erträgt und die man nur schwer zusammenfassen kann. Der 26.11.2014 war ein solcher.

Geladen war der Zeuge Ralph Hofmann, der verdächtig ist, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe 1999 seinen Personalausweis zur Anmietung einer Wohnung und für Warenbestellbetrügereien zur Verfügung gestellt zu haben. Der Ausweis wurde im Brandschutt des Hauses in der Zwickauer Frühlingsstraße gefunden, ebenso Waren, die damals auf seinen Namen bestellt, in eine andere Chemnitzer Wohnung, die auf seinen Namen angemietet war, ausgeliefert und nie bezahlt wurden – neben alltäglichen Dingen auch ein Nachtsichtgerät, ein Gerät also, das zur Durchführung von Anschlägen aus dem Untergrund benötigt wird.

Bei der Polizei hatte Hofmann behauptet, er habe seinen Ausweis 1999 in einem Einkaufszentrum verloren. Er sei einmal von Thomas Starke gefragt worden, ob er zwei „Kameraden“ in seiner Wohnung unterbringen könnte. Das sei abends auf der Straße vor einer Kneipe gewesen, bei Starke seien zwei Männer mit Kapuzen gewesen, die nicht erkannt habe. Ein weiterer Nazizeuge hatte am 19.03.2014 vor dem Gericht ausgesagt, Hofmann hätte Starke und das Trio an ihn vermittelt, er habe dann eine Unterkunft besorgt. Ein solches Geschehen hatte Hofmann gegenüber der Polizei nicht angegeben.

Hofmann selbst war nie Teil des „Blood & Honour“-Netzwerkes, er war im Umfeld stärker parteipolitisch orientierter Gruppen tätig, Funktionär des „Heimatschutz Chemnitz“ und bis vor kurzem regelmäßiger Gast bei Veranstaltungen der erst dieses Jahr verbotenen „Nationalen Sozialisten Chemnitz.“

Hofmann versuchte, wie so viele zuvor, sich als harmlos und nur wenig politisch darzustellen. „Ich hab verschiedene Ansichten schon geteilt. Man war jung und konnte sich mit einigem identifizieren. Durch die Bundeswehrzeit wurde man noch ein bisschen aufgebaut und fühlte sich durch das Militärische mehr zum Elitären hingezogen.“

Der Vorsitzende befragte den Zeugen zunächst präzise und geduldig, kreiste dessen Falschangaben ein, verpasste es aber, ihn festzunageln. Hoffmann sagte erstmals aus, noch ein weiteres Mal von Starke wegen der Unterbringung der „beiden Männer“ angesprochen worden zu sein, er habe dann an einen Bekannten verwiesen. Dass diese Erinnerung eine Schutzbehauptung ist, weil seine Vermittlung ja dem Gericht bereits bekannt ist, stand zwar im Raum, wurde aber nicht deutlich. Der Vorsitzende brach dann seine Befragung ab, nachdem er alle Widersprüche der Aussage des Zeugen eingekreist hatte, unternahm aber keinen einzigen Versuch, diesen unter Druck zu setzen.

Die Verteidigung hatte natürlich keine Fragen an den Zeugen, sie hat ja kein Interesse daran, dass weitere Details über die Unterstützung des NSU herauskommen. Auch die Bundesanwaltschaft stellte keine einzige Frage – es scheint, als verweigere sie sich inzwischen jeder Aufklärung.

Die Nebenklage versuchte danach zwar, den Zeugen weiter unter Druck zu setzen, musste dazu aber noch einmal an die Fragen des Gerichts anknüpfen – da gleichzeitig die Geduld des Gerichts wie so oft am Nachmittag am Ende war, wurde dies als unzulässige Wiederholungsfragen zurückgewiesen.

Die Befragung ging schließlich in einer Konfrontation zwischen der Verteidigung Wohlleben und einem Nebenklägervertreter zu Ende. Letzterer wollte dem Zeugen die Namen der vom NSU Ermordeten vorhalten, dies wurde beanstandet.

Letztlich wurde ein weiteres Mal deutlich, dass die Naziszene den NSU nicht nur bei seinen Morden unterstützt hat, sondern bis heute jede Aufklärung verhindert. Deutlich wurde zudem, dass nicht nur die „Blood and Honour“-Szene in die Unterstützung des NSU einbezogen war, sondern auch Aktivisten außerhalb der Skinheadszene. Diese weitere Szene käme auch für die Unterstützung in den Jahren nach dem Verbot von Blood and Honour im Herbst 2000 in Frage, als der Verfolgungsdruck gegen „B&H“-Mitglieder größer wurde. Darauf könnte auch hindeuten, dass Hofmann unter „Ralph Jäger“ in André Emingers Telefon gespeichert war. Diese Bezeichnung dürfte auf dessen Militärbegeisterung zurückgehen, hatte Hofmann doch seine Bundeswehrzeit bei einer Jäger-Einheit verbracht. So gut muss ihn Eminger also gekannt haben.

www.nsu-nebenklage.de, 26.11.2014 ■

Offener Brief an Bundesinnenminister a.D. Schily

Am 27.11.2014 veröffentlichten 30 NebenklagevertreterInnen sowie die Initiative „Keupstraße ist überall” einen offenen Brief an den ehemaligen Bundesinnenminister Otto Schily, den wir im Folgenden dokumentieren und mit einigen Anmerkungen versehen:

Sehr geehrter Herr Bundesminister a.D. Schily,

mit Empörung haben die Initiative „Keupstraße ist überall“ und die unterzeichnenden Nebenklagevertreter im NSU-Verfahren die von Ihnen erwirkte „Klarstellung“ im Kölner Stadt-Anzeiger vom 10.11.2014 zur Kenntnis genommen.

Dort heißt es unter anderem:

„Herr Schily weist zu Recht darauf hin, dass er seinerzeit ein rechtsextremistisches Motiv nicht ausgeschlossen, sondern zum Sachverhalt lediglich Folgendes erklärt hat: „Die Erkenntnisse, die unsere Sicherheitsbehörden bisher gewonnen haben, deuten nicht auf einen terroristischen Hintergrund, sondern auf ein kriminelles Milieu. Aber die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, sodass ich eine abschließende Beurteilung dieser Ereignisse jetzt nicht vornehmen kann.“ Herr Schily weist ferner mit Recht darauf hin, dass den Sicherheitsbehörden zum damaligen Zeitpunkt die Existenz einer terroristischen rechtsradikalen Gruppe nicht bekannt war und dass sich daher der Ausdruck „terroristischer Hintergrund“ in seiner Erklärung eindeutig ausschließlich auf den „islamistischen Terrorismus“ bezogen hat.”

Die in der „Klarstellung“ gegenüber dem Stadtanzeiger nicht kommentierte Behauptung, die „Erkenntnisse … [der] Sicherheitsbehörden … deuten auf ein kriminelles Milieu“ hin, war damals falsch und ist es heute. Dementsprechend waren Sie als Zeuge vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss am 15.3.2013 auch nicht in der Lage mitzuteilen, worin diese „Erkenntnisse“ bestanden haben sollen. Richtig ist vielmehr, dass die Sicherheitsbehörden ohne tatsächliche Grundlage und auf Weisung „von oben“ unterstellten, dass gegen Migranten gerichtete Straftaten ihre Ursache nur im sogenannten kriminellen Milieu haben könnten. Gerade weil es keinerlei Hinweise auf einen solchen kriminellen Hintergrund gab, hätte sich den Ermittlungsbehörden eine rechtsterroristische Tat schon zum damaligen Zeitpunkt aufdrängen müssen. Auch das nordrhein-westfälische LKA bezeichnete den Anschlag zunächst als

„terroristische Gewaltkriminalität“, bevor dieser Begriff auf Anweisung aus dem offiziellen Sprachgebrauch gestrichen wurde. Auch das wissen Sie.

Uns entsetzt Ihr ganz neuer Rechtfertigungsversuch, Ihr damaliges Bestreiten eines terroristischen Hintergrundes habe nicht dem Rechtsterrorismus gegolten, sondern es sei „eindeutig ausschließlich der islamistische Terrorismus“ gemeint gewesen. Eine solche „Erklärung“ haben Sie nicht einmal im Bundestagsuntersuchungsausschuss abgegeben. Diese widerspricht auch Ihrer eigenen Aussage im Rahmen einer Pressekonferenz vom April 2012, wonach Ihre damalige Einschätzung ein „schwerwiegender Irrtum“ gewesen sei.

Es ist ein billiger Trick, wenn Sie aufgrund der aktuellen Medienpräsenz des islamistischen Terrorismus versuchen so zu tun, als sei der Rechtsterrorismus in Deutschland erst mit dem NSU aufgetreten und Terrorismus ansonsten stets islamistisch. Das widerspricht sogar den damaligen Erkenntnissen des Ihnen unterstellten Bundesamtes für Verfassungsschutz, welches immerhin eine eigene Abteilung Rechtsterrorismus unterhielt. Sie perpetuieren jenen Rassismus, unter dem die Opfer des NSU schon viel zu lange gelitten haben, um sich selbst und die deutschen Sicherheitsbehörden von jedem Fehlverhalten reinzuwaschen. Sie beweisen, dass Sie trotz der Erkenntnisse diverser Untersuchungsausschüsse und der anhaltenden öffentlichen Debatten nichts gelernt haben.

Die von Ihnen 2012 erklärte Übernahme politischer Verantwortung setzt voraus, dass Sie einsehen, was Sie mit Ihrer durch nichts gerechtfertigten öffentlichen Erklärung vom 10.6.2004 in Gang gesetzt haben. Sie tragen eine erhebliche politische Mitverantwortung dafür, dass von den Ermittlungsbehörden anschließend Hinweise auf rechtsextreme Täter unbeachtet blieben, dass selbst als bereits bekannt war, dass der Bombenleger vermutlich kein Migrant war, verdeckte Ermittler in der Keupstraße eingesetzt wurden, um herauszufinden, welche Migranten den Täter beauftragt hätten. Anwohner, die den Verdacht eines rechtsradikalen Hintergrundes äußerten, wurden von Polizeibeamten zum Schweigen verpflichtet. Es ist überfällig, dass Sie ohne Wenn und Aber zu Ihrer Rolle im NSU-Skandal stehen.

Rechtsanwalt Alkan, Rechtsanwältin Basay-Yildiz, Rechtsanwalt Prof. Behnke, Rechtsanwalt Bogazkaya, Rechtsanwältin Clemm, Rechtsanwalt Dr. Daimagüler, Rechtsanwalt Dr. Elberling, Rechtsanwalt Erdal, Rechtsanwalt Fresenius, Rechtsanwältin, Hartmann, Rechtsanwalt Heising, Rechtsanwalt Hoffmann, Rechtsanwalt Ilius, Rechtsanwalt Kara, Rechtsanwältin Kerdi-Elvan, Rechtsanwalt Kolloge, Rechtsanwalt Kuhn, Rechtsanwältin Lex, Rechtsanwältin Lunnebach, Rechtsanwalt Narin, Rechtsanwalt Parlayan, Rechtsanwalt Rabe, Rechtsanwalt Reinecke, Rechtsanwalt Sariyar, Rechtsanwalt Scharmer, Rechtsanwalt Schön, Rechtsanwalt Sfatkidis, Rechtsanwalt Sidiropoulus, Rechtsanwalt Dr. Stolle, Rechtsanwalt Ünlücay.

Ergänzende Hinweise:

Hier (*https://www.youtube.com/watch?v=55zSwoF-tLc*) die Orginaläußerung in der Tagesschau (ab Sek. 35) mit dem überheblichen Gestus, hier (*http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/CD14600/Protokolle/Protokoll-Nr%2060.pdf*) die Äußerung von Schily vor dem Untersuchungsausschuss (S. 25). Wer sich über den Kampf von Schily gegen rechts mit statistischen Tricks informieren will kann das hier (https://www.youtube.com/watch?v=WoV1S9C3p34) sehen, und hier (*http://dawah.de/nachrichtenberichte/beitraege/2002/27_06_2002_panorama_thema_tricksen_und_luegen_politiker_vertuschen_ausmass_rechtsradikaler_gewalt_teil_1_.htm*) lesen. Es gibt heute (29.11.) bereits eine erste Reaktion von Otto Schily im Tagesspiegel. Dort erklärt er erneut:

Er selbst habe damals „überhaupt keine Bewertung des Sachverhalts vorgenommen“. Und dafür will sich Schily nicht auch noch beschimpfen lassen – „hätte ich denn die Information, die ich seinerzeit von den Sicherheitsbehörden bekommen hatte, den Journalisten vorenthalten sollen?“

Hat er immer noch nicht kapiert, dass es solche Informationen nicht gab. Bisher hat sich noch niemand in den „Sicherheitsbehörden” gefunden, der erklärt hat, dass er Schily diese Information gegeben habe. Und in der Tat, die Behauptung über das „kriminelle Millieu” hätte er den Journalisten vorenthalten sollen, weil sie ohne jede Substanz war und durch nichts unterlegt werden konnte.

Eberhard Reinecke ■

Kein Ende in Sicht

Drei Jahre nach dem Auffliegen des NSU sind rassistische Mobilisierungen so stark wie lange nicht. Während Anfang November bundesweit auf vielen Veranstaltungen, in Sitzungen und Konferenzen die Frage erörtert wurde, welche Konsequenzen aus dem NSU-Desaster zu ziehen wären, liefen zeitgleich „besorgte Bürger_innen“ und neonazistische Schläger_innen gegen die Eröffnung neuer Unterkünfte für Geflüchtete Sturm; werden Migrant_innen bedroht und angegriffen, fliegen wieder Brandsätze gegen Wohnheime. Wie passt das zusammen?

Die kritischen Stimmen waren am dritten Jahrestag der NSU-Selbstenttarnung in der Mehrheit. Es wurde durch viele Beiträge deutlich, dass wir bisher das gesamte Ausmaß des Versagens der Gesellschaft und der Mitschuld und Verantwortung der Behörden noch gar nicht erfasst haben und dass die Aufklärung noch lange weiter gehen muss. In der Öffentlichkeit setzt sich mehr und mehr durch, dass der von den Behörden verbreitete Mythos, ein isoliertes Trio sei für all die dem NSU zugeschriebenen Taten verantwortlich, ins Wanken geraten ist. Die überlebenden Opfer der NSU-Bombenanschläge und die Angehörigen der Ermordeten mühen sich seit dem 4. November 2011 darum, dass der Generalbundesanwalt (GBA) und das Bundeskriminalamt (BKA) die Realität zur Kenntnis nehmen – und vom „Trio- Konstrukt“ mit den vier angeklagten Unterstützer_innen am OLG München abrücken.

Auch die Umsetzung der durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse ausgesprochenen Empfehlungen lässt auf sich warten. Von den vor allem durch den Untersuchungsausschuss im Bundestag aufgestellten Forderungen an die Behörden ist bisher nichts umgesetzt worden. Dass es nun weitere parlamentarische Untersuchungen in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg geben wird, lässt zumindest hoffen, dass der Druck auf die Behörden nicht geringer wird.

Zeitgleich häufen sich die rassistischen Angriffe und Aufmärsche in einem besorgniserregenden Ausmaß. Sowohl die NPD als auch die Netzwerke der Rassist_innen hetzen und mobilisieren inzwischen fast täglich gegen die Unterbringung von Geflüchteten, in Berlin aktuell in Marzahn, Buch und Köpenick.

Bundesweit macht vor allem das antimuslimische Netzwerk der „Hooligans gegen Salafisten“ von sich reden und versucht sich als ein Bündnis „besorgter Deutscher“ zu inszenieren, das sich im Stil anderer europäischer Banden als militante Sturmtruppe gegen die angebliche „Islamisierung Deutschlands“ versteht. Und die „Alternative für Deutschland“ hat es verstanden, den eloquenten Rassismus aus den Wohnzimmern in die Parlamente zu hieven. Liz Fekete, die Leiterin des Londoner Institute of Race Relations, hat in einem kürzlich erschienenen und beachtenswerten Aufsatz die europäische Lage so skizziert: Es habe „seit den Pogromen von Hoyerswerda und Rostock wohl kaum eine Situation gegeben, in der gesellschaftliche Minderheiten in Europa ähnlich stark von Seiten rechter Bewegungen bedroht und verfolgt wurden wie heute. Betrachtet man das gegenwärtige Ausmaß der Gewalt und die staatlichen Reaktionen darauf, so ist die Lage in gewisser Weise noch viel bedenklicher als in den 1990er Jahren, als vielerorts die Unterkünfte von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen brannten.“[1]

Wir müssen derzeit erfahren, dass es den staatlichen Behörden wichtiger erscheint, die Grenzen gegen Geflüchtete abzuschotten als Geflüchtete und Migrant_innen vor

Fortsetzung Seite 6 unten

Carl-Duisberg-Straße wird umbenannt

BAYER-Generaldirektor verantwortlich für Giftgas-Einsatz und Zwangsarbeit / Umbenennung auch in Wuppertal, Frankfurt, Bonn und Leverkusen gefordert

Die Dortmunder Carl-Duisberg-Straße wird in Kleine Löwenstraße umbenannt. Die Bezirksvertretung Innenstadt-West folgte damit am gestrigen Abend einer Empfehlung des Dortmunder Stadtarchivs. Keine der Fraktionen stimmte gegen eine Namensänderung.

Jan Pehrke, Vorstandsmitglied der Coordination gegen BAYER-Gefahren, begrüßt das Votum: „Carl Duisberg, der geistige Vater der IG FARBEN, ging für Profite buchstäblich über Leichen. Wegen seiner Mitverantwortung für Gaskrieg, Zwangsarbeit und die enge Zusammenarbeit mit dem Nazi-Regime taugt er nicht als Vorbild für künftige Generationen. Auch die noch verbleibenden Carl-Duisberg-Straßen, unter anderem in Frankfurt, Bonn, Krefeld, Leverkusen und Dormagen, sowie das Wuppertaler Duisberg-Gymnasium sollten nun umbenannt werden."

Das Dortmunder Stadtarchiv hatte die Umbenennung von sechs Straßen mit historisch belasteten Namensgebern vorgeschlagen. In der Bewertung von Duisberg schrieb das Stadtarchiv: „Während des Ersten Weltkriegs wurde unter seinem Vorsitz Giftgas für den Kriegseinsatz produziert. (…) Duisberg gehörte zu den führenden deutschen Industriellen, die während des Krieges die – auch nach dem damals geltenden internationalen Kriegsrecht illegale – Deportation belgischer Zivilisten zur Zwangsarbeit nach Deutschland durchsetzten." Die Überprüfung aller Dortmunder Straßennamen ging auf einen Antrag des früheren Ratsmitglieds Richard Kelber sowie eine Kampagne der Coordination gegen BAYER-Gefahren zurück.

Zum 150. Geburtstag von Carl Duisberg vor drei Jahren hatten sich unter anderem in Wuppertal, Leverkusen, Frankfurt und Marburg Initiativen gebildet, um Straßen, Schulen und Wohnheime, die den Namen des ehemaligen BAYER-Generaldirektors tragen, umzubenennen. Auch ein Entzug der Leverkusener Ehrenbürgerwürde war gefordert worden. In Frankfurt läuft ein Umbenennungsverfahren der dortigen Duisbergstraße; in Marburg führte das Engagement dazu, am dortigen Carl-Duisberg-Haus eine Plakette mit einer „Kritischen Würdigung" anzubringen.

Einige Stationen aus Duisbergs Leben:

=> Schon 1900 hatte Carl Duisberg rücksichtslos die Vermarktung von Heroin als angeblich harmlosem Hustenmittel betrieben. Als Wissenschaftler das Suchtpotenzial von Heroin anprangerten, äußerte Duisberg – zu diesem Zeitpunkt Prokurist bei BAYER –, man müsse die „Gegner mundtot schlagen". Obwohl sich rasch die Gefahr der Abhängigkeit herausstellte, ließ Duisberg den gewinnbringenden Verkauf mehr als ein Jahrzehnt lang fortführen.

=> Im 1. Weltkrieg entwickelte Carl Duisberg gemeinsam mit Fritz Haber Giftgase wie „Grünkreuz" und „Senfgas", testete diese persönlich auf Truppenübungsplätzen und verlangte vehement ihren Einsatz. So heißt es in einem Brief an die Oberste Heeresleitung: „Dieses Chlorkohlenoxyd ist das gemeinste Zeug, das ich kenne. [...] Ich kann deshalb nur noch einmal dringend empfehlen, die Gelegenheit dieses Krieges nicht vorübergehen zu lassen, ohne auch die Hexa-Granate zu prüfen". Duisberg und Haber verstießen damit wissentlich gegen die Haager Landkriegsordnung.

=> Duisberg engagierte sich in der vom antisemitischen „Alldeutschen Verband" gesteuerten Kriegszielbewegung. Er forderte die Annexion des besetzten Belgien und von Nordfrankreich, etwas später auch „deutschen Lebensraum" in Polen und Russland. Besonders auffällig ist Duisbergs Hass auf das „englische Krämervolk", das man notfalls völkerrechtswidrig – wie er selbst einräumte – aus der Luft bombardieren sollte.

=> Im Herbst 1916 beklagte Duisberg den Mangel an Arbeitskräften und forderte mit dem Ausspruch „Öffnen Sie das große Menschenbassin Belgien" den Einsatz von Zwangsarbeitern. Das Reichsamt des Inneren griff den Vorschlag auf und ließ rund 60 000 Belgier deportieren, was international zu Protesten führte. Rund 12 000 Verschleppte starben. Die Deportation gilt als Vorläufer des ungleich größeren Zwangsarbeiter-Programms im 2. Weltkrieg.

=> Duisberg forderte den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, Friedensverhandlungen lehnte er vehement ab. 1917 trat er der Deutsche Vaterlandspartei bei. Der Historiker H. U. Wehler nennt diese Partei eine „rechtsextreme Massenorganisation mit deutlich präfaschistischen Zügen". Ihre Parolen waren, so Wehler, „eine „giftige Fusion" aus Antisemitismus, Radikalnationalismus, Expansionismus und Reformblockade. Zum Kriegsende befand sich Duisberg auf den Auslieferungslisten der Alliierten. Da er eine Anklage als Kriegsverbrecher fürchtete, floh er in die neutrale Schweiz.

=> Während der Weimarer Republik organisierte Duisberg, inzwischen Aufsichtsratsvorsitzender der IG FARBEN, Spenden an nationalistische Parteien, ab 1930 auch an die NSDAP. Im Gegenzug für ihre Millionen-Spenden erhielt die IG FARBEN von den Nationalsozialisten Absatzgarantien für synthetischen Treibstoff und Kautschuk. Kein anderes Unternehmen kollaborierte in der Folgezeit so eng mit dem Dritten Reich wie die IG FARBEN.

Philipp Mimkes vom Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren kommt zu dem Ergebnis: „Aus unserer Sicht muss Duisberg als verbrecherisches Genie bezeichnet werden. Duisberg war nicht nur ein ‚Kind seiner Zeit', sondern trug entscheidend zu den mörderischen Entwicklungen im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts bei. Daher sollten auch in anderen betroffenen Städten die politischen Instanzen und die Bürgerschaft aktiv werden."

Coordination gegen BAYER-Gefahren

---

einer rassistischen Bewegung zu schützen, von denen sich Teile längst als radikale Schläger_innen erwiesen haben.

Der organisierte und gewaltbereite Rassismus vom Beginn der 1990er-Jahre war die Schule der Generation von Neonazis, aus welcher der NSU hervorging und er steht auch jetzt wieder auf der Straße und mobilisiert. Oder anders gesagt: Rassismus steht am Beginn und am Ende des NSU und deshalb sagen wir auch, das Problem heißt Rassismus. Einen wirklichen Wandel kann es daher nur geben, wenn der Rassismus, der alltägliche, der strukturelle, der institutionelle und der organisierte, als Problem erkannt und bekämpft wird.

Man könnte schier verzweifeln angesichts dessen, was wir in diesen Tagen erleben. Aber um Liz Fekete noch einmal zu zitieren: „Don't despair!" Was ist nötig? Es muss deutlich gemacht werden, dass niemand die Flüchtlinge aus diesem Land, dieser Stadt oder egal welchem Stadtbezirk vertreiben kann. Dafür ist es unbedingt wichtig, den Nazis nicht den Boden zu überlassen, auf dem sie die rassistischen Stimmungen zu aggressiver politischer Hetze zuspitzen. Dazu müssen Akteur_innen der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit sowohl die Politik als auch die Presse und nicht zuletzt auch die Polizei permanent auffordern und ihnen genau auf die Finger schauen. Denn von allein passiert leider auch in der sich so kosmopolitisch und weltoffen wähnenden Metropole Berlin nichts.

Ulli Jentsch ist Journalist und Mitarbeiter des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums in Berlin (apabiz). Seit November 2011 engagiert er sich auch im Rahmen der bundesweiten Initiative NSU-Watch in der Aufklärung der Taten und Hintergründe des NSU.

1Vgl. Liz Fekete: Rechte Gewalt in Europa, Standpunkte, 17/2014, www.rosalux.de/publication/40827/das-konzept des-anti-extremismus-schwaecht-den-antifaschistischenwiderstand.html.

Quelle: Leben nach Migration – Newsletter Nr. 4 | 2014 des Migrationsrates Berlin – Brandenburg

Parteitag des Front National in Lyon:

Antifa-Demo zerstückelt, FN mit russischem Auftritt und ohne definitiven Richtungsentscheid

Kann man im Jahr 2014 ungehindert gegen einen Kongress des rechtsextremen Front National (FN) demonstrieren? Die Antwort auf die Frage schien selbstverständlich, doch im Nachhinein ist sie offensichtlich aufgeworfen. Am vergangenen Samstag, den 29. November 2014 kam die Protestdemonstration, zu der die „Frankreichweite Koordination gegen die extreme Rechte“ (CONEX, Coordination nationale contre l’extrême droite) – eine seit 2012 bestehende, lockere Bündnisstruktur – aus Anlass des FN-Parteitags in Lyon aufgerufen hatte, nie an ihr Ziel. Kurz nach Überschreiten der Rhône wurde die Demonstration bei einem Polizeieinsatz in zwei, kurz darauf in drei Teile zerlegt. Nur verstreute Kleingruppen von Teilnehmer/inne/n kamen schließlich, unter die samstäglichen Passantinnen und flanierenden Konsumenten auf den umgebenden Einkaufstraßen gemischt, bis auf den Platz vor dem Lyoner Rathaus, wo ursprünglich die Abschlusskundgebung hätte stattfinden sollen. Unter ihnen der Verfasser dieser Zeilen. Das Gros des Protestzugs war zu dem Zeitpunkt in alle Winde verstreut worden.

Dieses Ergebnis eines Polizeieinsatzes war dadurch erheblich erleichert worden, dass die Mobilisierung zahlenmäßig nicht sehr stark ausfiel. Zwischen 2000 und 3000 Menschen waren insgesamt zusammengekommen[1], etwas höhere liegende Veranstalterangaben sind objektiv geschönt. Alle waren sich jedenfalls darüber einig, dass die Situation weit entfernt war von jener vor siebzehn Jahren: Gegen einen FN-Parteitag im elsässischen Strasbourg/Straßburg am Ostersamstag 1997 hatten, je nach Angaben, zwischen 60 000 und 100 000 Menschen demonstriert. Damals konnte die Devise „Die Stadt gehört ihnen nicht“ effektiv durchgesetzt werden, drei Tage lang blieben die Delegierten der rechtsextremen Partei auf ihrem Kongressgelände quasi eingeschlossen und konnten sich maximal bis zu ihren umliegenden Hotels bewegen.

Dieses Jahr ist der Einfluss des FN ungleich größer als damals: Bei der Europaparlamentswahl von Ende Mai wurden die französischen Neofaschisten erstmals zur stimmenstärksten Partei im Land mit 25 Prozent der abgegeben Voten, allerdings bei einer Enthaltung von 57 Prozent. Und sämtliche Umfragen sagen ihrer Chefin Marine Le Pen derzeit voraus, dass sie bei der nächsten Präsidentschaftswahl als eine der beiden Kandidat/inn/en mit dem höchsten Wähler/innen/anteil in die Stichwahl einziehen wird. Doch der Protest war ungefähr so stark wie beim letzten Kongress des im Januar 2011 in Tours, wo gut 2000 Personen gegen ihn demonstrieren. Damals hatte ein Gutteil der Linken noch behauptet, vom FN gehe keine Gefahr mehr aus, die Partei befinde sich im Niedergang – der FN hatte etwa bei den Europawahlen 2009 nur noch 6,3 Prozent erhalten –, und das „wahre“ politische Problem sei Nicolas Sarkozy. Heute würde das wohl niemand wiederholen wollen.

Konjunkturelle und strukturelle Gründe

Dass der Protest in Lyon so vergleichsweise schwach ausfiel, hat auch mit mehr oder minder zufälligen Erklärungsfaktoren zu tun: Die französische KP, als noch immer mitgliederstärkste Kraft links von der regierenden Sozialdemokratie, hielt am selben Wochenende in der Lyoner Vorstadt Vénissieux ihr Pressefest ab – den regionalen Ableger der bekannten Fête de l’Humanité, die in ihrer Pariser Ausgabe Hunderttausende, im Raum Lyon Zehntausende Menschen anzieht. Eine örtliche KP-Kommunalparlamentarierin Josiane dazu gegenüber dem Autor dieser Zeilen: „Nein, das kann man nicht einfach so verschieben, den Saal dafür muss ein Jahr im Vorhinein mieten. Und wir wussten erst im September dieses Jahres, dass der FN-Parteitag und eine Gegendemo dazu stattfinden.“ Zwar waren eine Delegation von KP-Stadtverordneten und Parteijugend bei der Demo mit dabei, aber in geringer Zahl, und auch der Ordnerdienst von Linkskräften und Gewerkschaften blieb relativ schwach ausgeprägt.

Dies verstärkte die Auswirkung eines weiteren Problems, das sich unter dem Titel VV zusammenfassen lässt: „VV“ wie „vermummte Vollidioten“. Seit über einem Jahr, seit den Demonstrationen nach dem Tod des jungen Antifaschisten Clément Méric, werden Demonstrationen gegen die extreme Rechte oft in Teilbereichen von einer bestimmten Szene optisch dominiert, die sich durch Kapuzen und andere Formen von Vermummung zu erkennen gibt. Die Szene, die sich als „autonom“ bezeichnet – aber sich deutlich von dem unterscheidet, was etwa in Deutschland auf diesen Namen hört, erheblich gewaltaffiner und marginaler ist (*vgl. ausführlicher unter Anm[2]*) –, nutzt solche Demonstrationen wie im Juni 2013 in Paris und zuletzt am Wochenende in Lyon für ihre Zwecke. (*Gerüchte in Lyon erwähnten i.Ü. auch eine Präsenz von deutschen oder deutschschweizerischen Autonomen, diese Behauptungen konnten jedoch zu keinem Zeitpunkt verifiziert werden.*)

Es handelt sich bei den praktizierten „Aktionsformen“ im Wesentlichen um Hammerangriffe auf Geldautomaten von Banken, Schauflächen für Werbeplakate, Schaufenster und Schnellrestaurants. Attacken, die diese Szene für besonders radikal hält, auch wenn ihre positiven politischen Auswirkungen kaum auszumachen sind[3]. Und auch wenn die Dämlichkeit der vorgetragenen Aktionsformen auch noch im Konkreten kaum zu überbieten war: So konnte man in Lyon am 29. November beobachten, wie nicht etwa eine Person einmal gegen eine gläserne Schautafel für kommerzielle Werbung trat – wodurch deren Glasscheibe zerstört wurde –, sondern fünf verschiedene Personen im Demozug fünf mal hintereinander gegen ein und dieselbe, bereits zerstörte Werbeschautafel treten „mussten“. Geradezu heldenhaft, und welchen Mut dies erforderte!

Politische Forderungen irgendwelcher Art zu stellen, ist hingegen aus Sicht von Protagonisten dieser Szene von vornherein ein schwerer Fehler und verwerflich: Wer Forderungen stellt, läuft ernsthaft Gefahr, dass diese Forderungen auch vom System verwirklicht werden könnten, womit man automatisch unter seine Kontrolle zu geraten droht – eine schlimme Sache. Revolutionäre Reinheit garantiert also nur die Abwesenheit jedweder artikulierter Forderung(en), was das kleine Problem aufwirft, dass ein solches Bilderverbot auch jegliche Vorstellung einer irgendwie gesellschaftlich (gar demokratisch) diskutierten Vision von einem anderen System schlicht unmöglich werden lässt. Stattdessen legt man Wert darauf, dank Bilderverbot bzw. der Abwesenheit jeglicher artikulierter Forderungen sei man „unkontrollierbar“ (incontrôlables), wie einer der Wortfetische dieses Milieus lautet. Wie man in Lyon an diesem 29. November 2014 beobachten konnte, ist diese Szene allerdings in Wirklichkeit äußerst kontrollierbar, weil nämlich das vermeintlich bekämpfte System ihr de facto zerstörerisches Wirken längst in seine Taktik einkalkuliert und eingeplant hat.

In Lyon stellte dieses Milieu, das zuvor eigene Aufrufe verfasst hatte (in denen

idiotischerweise „der Faschismus“ mit der Polizei des aktuellen bürgerlichen Staats gleichgesetzt wurde[4]) zwischen einem Viertel und einem Drittel der Demonstrant/inn/en; zwischen 600 und 900 vermummte Teilnehmer/innen waren gekommen. Ganz zufällig – oder eben nicht – hatte die Polizei diesem Milieu beste Voraussetzungen zum Agieren gegeben. Zwar wurden alle Teilnehmer/innen vor Beginn der Demo Körperkontrollen unterzogen, und mehrere Busse trafen mit über einstündiger Verspätung ein wie der Pariser Aktivistenbus, weil die Passagiere und ihr Gepäck gefilzt worden waren. Und plötzlich tauchten dann doch Feuerwerkskörper, Chinaböller und Schlagwerkzeuge mitten in der Demo auf. Und auf der Hälfte der Route waren mobile Absperrgitter, die sich leicht anheben und wegtragen oder verschieben lassen, platziert worden. Diese wurden dann auch alsbald benutzt, als es darum ging, auf Schaufenster und Geldautomaten loszugehen. Größere Gruppen von jeweils mehreren Dutzend Vermummten stürzten sich auf die Bürgersteige, nachdem sie gegen allen vorherigen Absprachen – denen zufolge sie am hinteren Rand der Demo hätten laufen sollen – sich in die Mitte des Zuges gesetzt hatten.

Die Polizei hatte anscheinend nur auf diese Gelegenheit gewartet, ging daraufhin gegen den gesamten Protestzug vor und deckte ihn mit Tränengas ein. Dieser wurde dadurch in der Mitte getrennt[5]. Ein dritter Teil, bestehend aus den Blöcken der linken Basisgewerkschaften SUD und der „Neuen Antikapitalistischen Partei“ sowie der Anarchosyndikalist/inn/en (CNT), wurde durch die Polizei eingekesselt und musste zum Ausgangspunkt der Demo – dem Bahnhof von Lyon-Perrache – zurücklaufen. Sein Ordnerdienst hatte zuvor selbst die Vermummten aufzuhalten versucht, um die Demonstration zu retten. Letztere beschimpften wiederholt unflätig Menschen aus der Demo und zeigten sich auch sonst nicht unbedingt solidarisch. Deswegen hegen viele die Vermutung, dass zumindest ein Teil der vermummt Agierenden nicht aus radikalen Linken bestand, sondern aus Leuten von der anderen Seite, die sich darunter mischten. Lucile, eine SUD-Gewerkschafterin, die am Ordnerdienst beteiligt war, meint dazu: „Nicht alle, aber nach unseren Beobachtungen 10 bis 15 Prozent der Kapuzenträger bestanden aus Leuten, die wir auf der feindlichen Seite verorten.“

Tendenziell bestätigt wird diese Vermutung auch dadurch, dass am Montag und Dienstag, den 1. und 2. Dezember d.J. sehr detaillierte Videos von Zerstörungsaktionen auf rechtsextremen Webseiten wie Novopress und FdeSouche auftauchten, die offenbar aus nächster Nähe gefilmt wurden – und die Vermutung naheliegen, dass ihre Urheber die Vermummten aus nächster Nähe begleiteten. Entweder sind die Leute unter der Vermummung also wirklich dumm wie Stroh und ohne Hirn, und ließen organisierte Faschisten in ihrer Nähe walten – oder aber sie waren selbst im Auftrag von weiß-der-Kuckuck-wem tätig, aber jedenfalls nicht im Sinne des Fortschritts, der Revolution oder der Linken in welchem Sinne auch immer. Es kann natürlich auch eine ungute Mischung aus beidem bestehen.

Einige der genauen Hintergründe ihres Agierens werden sicherlich nicht so schnell verifiziert werden können. Bemerkenswert ist auf jeden Fall im Ergebnis, dass erstmals das Stattfinden einer Demonstration gegen die extreme Rechte bis zu ihrem Abschlussort definitiv verhindert werden konnte. (Aus anderen Anlässen waren jedoch in der Vergangenheit bereits Demonstrationen verhindert oder zerschlagen worden, unter dem Vorwand des Agierens vermummter Gestalten – – die sich in manchen Fällen hinterher dezidiert als maskierte Polizisten herausstellten, wie insbesondere beim „Marsch der Stahlarbeiter auf Paris“ 1979, als ein beträchtlicher Teil der lothringischen Stahlindustrie um Longwy eingemottet wurden und Massenentlassungen vorgenommen wurden.)

Ein vorläufiges Fazit: Offenkundig hat die Polizeitaktik inzwischen das Wirken solcher Kräfte, die da am Werk waren, erfolgreich in ihre Planung einbezogen. Ging eine solche „Strategie der Spannung“ in Lyon, unter einer sozialdemokratischen französischen Regierung und einer sozialdemokratischen Rathausführung, auf, dann darf man sich fragen, wie dies unter einer zu erwartenden künftigen Rechtsregierung erst sein wird.

Das Szenario, das nach den Antifademonstrationen von 2013 von vielen in Ansätzen erwartet worden war, hat sicherlich einige potenzielle Teilnehmer/innen abgeschreckt. Es erklärt nicht allein die Schwäche der Mobilisierung, die ihrerseits den Vermummten erst recht freies Feld geboten hat, denn in einem Protestzug von mehreren Zehntausend Menschen mit Ordnerdienst hätten sie so nicht agieren können. Hinzu kommt die Positionierung einiger etablierter Linkskräfte, die nicht allein darauf zurückzuführen ist, dass die KP ihr regionales Fest abhielt. Pascal, 73jähriger CGT-Gewerkschafter und KP-Mitglied, sagte etwa zum Verfasser dieser Zeitung: „Ich bin dagegen, am Rande eines FN-Parteitags zu demonstrieren, denn das macht nur aufmerksam auf ihn. Erst müssen wir wieder eine linke Alternative finden, die für die Menschen attraktiv sein wird, um die von der sozialdemokratischen Regierung Enttäuschten wieder ansprechen zu können. Bis dahin wird jede Aufmerksamkeit eher Werbung für die Rechten darstellen.“ Der Klassenkampf soll es seiner Ansicht nach richten, wobei auch Pascal das Problem sieht, dass den im Augenblick vor allem das Kapital von oben führt.

Zwei Tage vor der Demonstration hatte die örtliche Linksfront in Lyon – ein Zusammenschluss aus KP und Linkssozialisten – am Donnerstag Abend (27.11.14) beschlossen, „in Anbetracht der allgemein angespannten sozialen Lage“ von einem Aufruf zu der Demonstration abzusehen. Aber man „fühle sich solidarisch“, fügte man gegenüber der Regionalpresse hinzu6. Auch wenn schließlich doch kleinere Delegationen aus ihren Reihen sowie regionale Abordnungen der Gewerkschaften CGT und CFDT am Samstag kamen, blieb doch das Gros der etablierten Linkskräfte der Demo fern. Auf überregionaler Ebene mobilisierten fast nur die radikale Linke, Solidaires (d.h. der Zusammenschluss der linken Basisgewerkschaften vom Typ SUD) und Antifakollektive.

Vom Parteitag: Russenkohle und Wilders-Auftritt

Auf dem Parteitag selbst, der von einem riesigen Polizeiaufgebot abgeschirmt war – Beamte und FN-Ordner kontrollierten nacheinander Presse- und Personalausweise der teilnehmenden Journalist/inn/en –, herrschte Triumphgefühl. Marine Le Pen schleuderte den etablierten Politikern, allen voran Staatspräsident François Hollande und der am Samstag gewählte Vorsitzende der konservativen UMP Nicolas Sarkoy, entgegen: „Sie sind gescheitert, bei allem, und bei der Präsidentschaftwahl 2017 kämpfen sie um den zweiten Platz – hinter mir!“

Auf dem Spiel stand konkret nicht sehr viel, da die Parteivorsitzende ohne konkurrierende Kandidatur zu ihrer Wiederwahl antrat und erwartbar mit 100 Prozent der Stimmen abschnitt. Allerdings offenbarte die Auszählung der Stimmen, dass die rechtsextreme Partei in den letzten Monaten einmal mehr gründlich gelogen hatte, als sie ihre Mitgliederzahl mit offiziell 83 000 angab. Rechnet man die Angaben der Parteiführung zur Stimmenzahl bei der innerparteilichen Urabstimmung zur Wiederwahl der Chefin und zur Wahlbeteiligung nach, ergeben sich rund halb so viele Mitglieder. Circa 42 000 Parteigänger/innen, die ihren Mitgliedsbeitrag bezahlt haben, zählt der FN demnach[7]. (Auf der Basis der parteioffiziellen Angaben: 23 000 Teilnehmer/innen bei der Urabstimmung zur Wahl der Ämter in der Parteiführung, und 52 oder 53 Prozent Wahlbeteiligung…) So viele hatte die Partei auf ihrem absoluten bisherigen Höhepunkt, kurz vor ihrer Spaltung im Winter 1998/998.

Gewählt wurde auch das „Zentralkomitee“ des FN, ein relativ einflussloses Gremium von 100 Mitgliedern. Be-

schlüsse fasst es kaum, aber die Wahlergebnisse unter der Mitgliedschaft stellen regelmäßig einen Barometer für die Popularität einzelner Führungspersönlichkeiten dar. Da auf FN-Kongress nie kontrovers debattiert wird und alle politischen oder ideologischen Richtungsentscheidungen ohne Diskussion getroffen werden, ist man darauf angewiesen, das Gewicht der innerparteilichen Strömungen anhand von Personalentscheiden abzulesen.

Polarisiert hatte sich die Wahl dabei zwischen der 24jährigen Abgeordneten Marion Maréchal-Le Pen, der Nichte der Chefin und Enkelin von Parteigründer Jean-Marie Le Pen, einerseits und dem 33jährigen Vizevorsitzenden Florian Philippot andererseits. Letzterer gilt vielen als Technokrat und hat eher einen nationalkonservativen denn einen genuin faschistischen Hintergrund. Allerdings steht Philippot seit zwei Jahren auch für einen Kurs, der vor allem auf sozial- und wirtschaftspolitische Themen abstellt und darauf zielt, die Kräfte der politischen Linken zu marginalisieren, indem man ihr Terrain besetzt und sich als entscheidende Opposition gegen den Neoliberalismus geriert. Philippot plädierte aus diesen Gründen etwa gegen eine Teilnehme an den reaktionären Demonstrationen gegen die Homosexuellenehe, um alle Kräfte auf eine Darstellung als angebliche soziale Protestpartei zu konzentrieren. Marion Maréchal-Le Pen und ihr Umfeld hingegen sind der Auffassung, es sei nun genug mit einer von ihnen als „faktisch links" betrachteten Profilierung. Auch Unternehmerinteressen, vor allem „mittelständische", müssten aus ihrer Sicht wieder viel stärker berücksichtigt werden, und die rechten Proteste gegen die Homoehe hätten explizit unterstützt werden müssen.

Vordergründig handelte es sich bei der Wahl zwischen den Protagonisten zwar um keine Richtungsentscheidung. Und Marion Maréchal-Le Pen erklärte gegenüber Journalist/inn/en neim Kongress, sie stehe für keine Richtung und werde gewählt, „weil ich jung und weiblich bin, und der Name Le Pen hilft mir dabei". Hinter den Kulissen stehen die Namen dennoch für alle erkennbar für unterschiedliche Ausrichtungen. Nachdem Marione Maréchal-Le Pen mit 80 Prozent der abgegebenen Mitgliederstimmen auf den ersten und Philippot mit 69 Prozent auf den vierten Platz kam, blieb allerdings eine überdeutliche Zuspitzung aus. Viele hatten damit gerechnet, dass Philippot dramatisch schlechter abschneiden könnte. Insofern können beide Strömungen ihr Werk ungehindert fortsetzen.

Außenpolitisch stellte der Parteitag insofern Weichen, als vor allem das enge Bündnis mit den Machthabern in Russland sehr klar und ostentativ zur Schau gestellt wurde. Eine Woche vor Eröffnung des Parteitags hatte die Internetzeitung Mediapart enthüllt, eine russische Bank habe dem französischen FN einen Kredit über neun Millionen Euro gewährt, nachdem dieser bei den Banken des eigenen Landes kein Frischgeld vorgestreckt bekommen hatte. Dabei handelt es sich um alles Andere als ein unpolitisches Kreditgeschäft, denn Mediapart zufolge hatte Marine Le Pen es im Februar dieses Jahres mit Wladimir Putin persönlich ausgehandelt. Auf dem Kongress nun wurden die engen Kontakte zur Macht im Kreml gar nicht zu verbergen versucht. Mit Parlaments-Vizepräsident Andrej Issaev und mit Andrej Klimow, dem Vorsitzenden der Oberhauskommission für internationale Angelegenheiten, waren zwei Spitzenvertreter aus Russland zum Parteitag in Lyon angereist. Beide Andrejs gehören Putins Partei „Einiges Russland" an.

Mehrheitlich bleibt die rechtsextreme Partei einer Art National-Neutralismus verbunden, die die Verwicklung des „eigenen" Landes in ferne Kriege tendenziell ablehnt. Und hinter der Frage des Verhältnisses zu Israel & Palästina verbirgt sich beim Front National, anders als bei anderen Parteien, immer auch die Frage nach der Gewichtung des Antisemitismus (in Abwägung mit dem antiarabischen Rassismus).

Ein Nachtrag dazu:

Am Dienstag, den 2. Dezember 2014 stimmte die französische Nationalversammlung über die – weitgehend lediglich symbolisch bleibende – diplomatische Anerkennung eines Staats Palästina ab, ähnlich wie zuvor das schwedische und das britische Parlament. Die Anerkennung wurde mit den Stimmen von weiten Teilen der Sozialdemokratie (sowie der Grünen und der „Linksfront", ungefähr vergleichbar mit der Partei DIE LINKE in Deutschland) angenommen, während sich das Gros des Bürgerblocks in Gestalt der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP dagegen positionierte. Weder bei Sozialdemokraten noch bei Konservativen ist diese Frage in irgend einer Weise mit Antisemitismus verkoppelt (auch wenn pro-israelischen Propagandisten und ‚antideutsche' Spinner wohl Anderslautendes behaupten würden). Anders jedoch beim Front National. Marion Maréchal-Le Pen, als eine der beiden Abgeordneten des FN im „Unterhaus" des französischen Parlaments, hatte sich im Vorfeld für ein Ja-Votum ausgesprochen; ihr parteiloser, aber 2012 für den FN in die Nationalversammlung gewähler Abgeordnetenkollege Gilbert Collard aber dagegen. Letztendlich vollzog Marion Maréchal-Le Pen jedoch am Tag der Abstimmung selbst eine Kehrtwende und enthielt sich letztlich der Stimme.

Bernard Schmid, Paris ■

1 Die eigenen Beobachtungen des Verfassers dieser Zeilen – welcher zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten eine Zählung der Teilnehmer/innen vornahm – deckt sich an diesem Punkt u.a. mit folgendem Bericht: http://www.rue89lyon.fr/2014/11/29/a-lyon-manif-anti-fn-tourne-au-fiasco/

2 Diese Szene ist politisch komplett marginalisiert, spätestens seitdem im Oktober 1994 zwei Angehörige dieses Milieus – Florence Rey und Audry Maupin - eine politisch völlig sinnlose Verfolgungsjagd mit nachfolgender Schießerei anzettelten, bei welcher fünf Menschen (unter ihnen drei Polizisten) ums Leben kamen; vgl. dazu http://www.lexpress.fr/ actualite/societe/florence-rey-de-la-prison-au-cinema_1301880.html Außerhalb von und neben dem, was als „autonome" Szene im engeren Sinne (französisch ‚Les autonomes', abgekürzt gern auch ‚Les totos') bezeichnet wird, bestehen strukturierte und rational funktionierende politische Organisationen anarcho-kommunistischer Ausrichtung wie Alternative Libertaire (AL) – eine der vernünftigsten Organisationen auf der französischen radikalen Linken -, oder anarchistische Vereinigungen wie die Fédération Anarchiste. Diese Gruppen werden nicht zu „den Autonomen" gerechnet, während man eine Gruppierung wie AL in Deutschland mutmaßlich im weitesten Sinne zur autonomen Szene zählen würde, welche im deutschsprachigen Raum weitaus breiter aufgefächert und politisch vielfältiger ist.
Was in Frankreich unter diesem Label läuft, besteht heutzutage zu einem Gutteil aus politischen Abenteurern, Psychopathen und sonstigem Bodensatz der Gesellschaft, und zu einem nicht unerheblichen Anteil aus Polizeispitzeln und Agents provocateurs. Aus ihren Reihen ging auch u.a. der Amokläufer vom vergangenen Jahr, Abdelhakim Dekhar, hervor, vgl. dazu http://www.trend.infopartisan.net/trd1213/t341213.html

3 Bei der Pariser Demonstration vom 23. Juni 2013, aus Anlass des Todes von Clément Méric, zerstörten solche Schwachköpfe beispielsweise auch die Glasscheiben von Postämtern mit mitgebrachten Metallhammern, mit der Begründung, hinter ihren Scheiben stecke doch auch eine Bank, in Gestalt der bösen-bösen Postbank. Auch Bushaltestellen, Telefonzellen und ähnliche Einrichtungen wurden von Kleingruppen aus dieser Demonstration heraus bzw. an ihrem Rande angegriffen. Solcherlei Wirken dieses, pardon, asozialen Gesocks' sorgt natürlich für ausgesprochene Popularität seines Treibens in der „Normalbevölkerung".

4 Vgl. http://rebellyon.info/Pourquoi-la-police-nefera-pas-un-bon.html

5 Vgl. zu manchen Einzelheiten, aus Sicht der bürgerlichen Lokalpresse, auch: http://www.leprogres.fr/rhone/2014/11/29/manifestation-contre-le-fn-apres-midi-a-haut-risque-a-lyon-dsag

6 Vgl. dazu konkret http://www.leprogres.fr/actualite/2014/11/29/le-front-de-gauche-prefere-lutter-sur-le-terrain-des-idees

7 Vgl. auch https://twitter.com/GrdJournal/status/539485646709350400/photo/1

8 Vgl. zur Spaltung von 1999 : http://jungle-world.com/artikel/1998/51/33938.html und http://www.trend.infopartisan.net/trd0100/t200100.html, und zur seitherigen Mitgliederentwicklung beim FN auch: http://www.trend.infopartisan.net/trd1207/t341207.html

Herkunftsländer nicht sicher. Trotz Gesetz

Am 6.11.2014 ist das „Gesetz zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten“ in Kraft getreten, nachdem der Bundestag dieses mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen hat. Demnach zählen u.a. Serbien, Bosnien Herzegowina und Mazedonien als „sichere“ Herkunftsländer.

In den vergangenen Jahren haben wir als Bundes-Roma-Verband wiederholt Recherchereisen unternommen, Filmmaterial bereitgestellt sowie unzählige Stellungnahmen, Berichte und Interviews veröffentlicht, die belegen, dass es kein sicheres Leben für Roma in diesen Ländern gibt.

Gerade in Deutschland sollte die Rede von historischer Verantwortung ernst genommen werden. Dies bedeutet, denjenigen, die strukturell ausgeschlossen und benachteiligt werden, Chancen zu geben, anstatt Ausgrenzungsmechanismen zu wiederholen und immer weiter zu zementieren.

Wir fordern eine umfassende Bleiberechtsregelung und einen Stopp der Politik, die Rassismus und Ausgrenzung fördert!

Quelle: www.bundesromaverband.de, 3.12.2014 ■

Städtetag fordert pragmatische Politik gegenüber Roma

Stereotype über Sinti und Roma sind in der Gesellschaft weit verbreitet. Am Montag analysierten Forscher und Städtetags-Präsident die Debatte um „Armutsmigration“ auf einer Konferenz in Berlin – mit interessanten Ergebnissen.

Wissenschaftler haben in der Debatte über die Zuwanderung von Roma aus Rumänien und Bulgarien eine Entdramatisierung gefordert. So könne beispielsweise von verbreitetem Sozialbetrug keine Rede sein, sagte der Migrationsforscher Klaus Bade am Montag in Berlin. Zwar würden in manchen deindustrialisierten Städten Deutschlands die bereits vorhandenen sozialen Probleme durch Armutsmigration verschärft, aber nicht verursacht, sagte Bade bei der Vorstellung einer neuen Studie des Schweizer Ethnologen Max Matter zur Armutsmigration innerhalb der EU.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Ulrich Maly (SPD), sagte, nicht alle sozialen Probleme dürften ethnisch aufgeladen werden. Dass es in dicht besiedelten Großstädten zu Konflikten zwischen Nachbarschaften komme, sei normal. Aufgabe der Politik sei es, diese Konflikte rational zu lösen, sagte Maly. Der SPD-Politiker ist Oberbürgermeister von Nürnberg.

Bei der Zuwanderung von Roma aus Rumänien und Bulgarien handele es sich nicht um ein Massenphänomen. Lediglich in „zwei handvoll Städten” gebe es ein Problem mit Gruppen, die vermutlich seit Jahrzehnten schon in ihren Herkunftsländern ausgegrenzt und verarmt seien, sagte Maly. Für die besonders betroffenen Städte wie Duisburg und Mannheim oder den Berliner Stadtteil Neukölln seien deshalb besondere Hilfen nötig. Benötigt werde mehr Geld und Personal für Integrations- und Sprachklassen.

Der Schweizer Ethnologe Matter sieht in Deutschland eine verzerrte Wahrnehmung beim Thema Armutswanderung. „Ende September lebten nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung knapp 513 000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland.“ Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lediglich 0,6 Prozent ausmache, habe sich in der Bevölkerung das Bild festgesetzt, dass aus den beiden Ländern Massen nach Deutschland strömten und es sich dabei vor allem um Arme und Roma handele, die nur wegen der Sozialleistungen hierher kämen, sagte Matter.

Dabei sei es vollkommen unklar, wie viel Roma unter den Zuwanderern sind. Zudem verwies der Ethnologe darauf, dass fast drei Viertel (72 Prozent) der 25- bis 44-Jährigen Bulgaren und Rumänen in Deutschland einer sozialabgabenpflichtigen Arbeit nachgehen und jeder Fünfte (21 Prozent) über einen akademischen Abschluss verfügt. Matter, der bis 2010 Direktor des Freiburger Instituts für Volkskunde war, unterstrich mit Blick auf die Geschichte und aktuelle Lage der Roma in den Herkunftsstaaten, als größtes EU-Land scheine sich Deutschland seiner Mitverantwortung „noch nicht voll bewusst zu sein”.

Bade forderte die Bundesregierung auf, mit guten Argumenten und pragmatischer Gestaltung dem Rechtspopulismus „die Kampfthemen“ zu entziehen: „Gelingt dies nicht, dann droht Gefahr für den kulturellen und sozialen Frieden in den demokratischen Einwanderungsgesellschaften in Deutschland und in Europa insgesamt“, warnte Bade als Mitglied des Rates für Migration. Die Studie von Matter ist der erste Band einer neuen Buchreihe des Berliner Rates für Migration. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 02.12.2014 ■

Gericht bezweifelt Serbien als sicheren Herkunftsstaat

Die Entscheidung der Bundesregierung, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, erntete deutliche Kritik von vielen Seiten. Dieser Kritik hat sich nun auch das Verwaltungsgericht Münster angeschlossen. Die Richter hoben einen BAMF-Bescheid im Eilverfahren auf.

Das Verwaltungsgericht Münster hat Zweifel an der Einstufung der Republik Serbien als sicherer Herkunftsstaat. Das Gericht gab daher dem Eilantrag einer asylsuchenden Roma-Familie aus Serbien statt und ordnete einen Aufschub ihrer Abschiebung an, wie ein Sprecher am Freitag mitteilte.

Nach Auffassung des Gerichts hat die ablehnende Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) voraussichtlich keinen Bestand. Die Bescheide beruhten maßgeblich darauf, dass Angehörigen der Roma im Falle ihrer Rückkehr nach Serbien keine schweren Nachteile drohten. An dieser Einschätzung bestünden jedoch ernstliche Zweifel. (AZ: 4 L 867/14.A)

Serbien ist seit einem am 6. November in Kraft getretenen Gesetz als sicherer Herkunftsstaat eingestuft. Es müsse jedoch geklärt werden, ob die Asylanträge der Antragsteller überwiegend auf dieser gesetzlichen Grundlage als unbegründet abzulehnen seien, erklärte das Verwaltungsgericht.

In dem Gesetz sei nicht erkennbar, wie weit geänderte serbische Ausreisebestimmungen und ihre Anwendung auf Angehörige der Roma berücksichtigt worden seien, erklärte das Gericht weiter. Außerdem sei die Entscheidungspraxis mehrerer Verwaltungsgerichte nicht aufgenommen worden. So habe das Verwaltungsgericht Stuttgart in mehreren Fällen den Klagen serbischer Asylsuchender stattgegeben. Auch das Verwaltungsgericht Münster habe bereits mehreren Eilanträgen von Roma gegen die Ablehnung ihrer Asylanträge stattgegeben. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 02.12.2014 ■

Winterabschiebestopp: Forderung übererfüllt!

Am 30.11.2014 hatte der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein an die Landesregierung mit der Bitte um einen Winterabschiebungsstopp für aus dem Westbalkan stammende Minderheitenangehörige gewendet.

Heute hat das Kieler Innenministerium seinen Erlass eines bis zum 31.3.2015 befristeten Winterabschiebungsmonitorings bekannt gegeben (s.u.). Dieses gilt allerdings nicht allein für Minderheitenangehörige und schon gar nicht nur für den Balkan, sondern für Staatsangehörige einer ganzen Reihe von Ländern, „in denen wegen winterlicher Verhältnisse eine Rückkehr in Sicherheit und Würde nicht gewährleistet ist“; als da sind: Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan und Ukraine.

Der Flüchtlingsrat begrüßt diese beispielhafte humanitäre Entscheidung In-

nenminister Stefan Studts außerordentlich – den in diesem Fall positiv betroffenen Flüchtlingen und ihren Familien wird zumindest bis zum Frühjahr eine erhebliche Sorge genommen.

Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. 02.12.2014 ■

ver.di – Unnötige Urteile: Kopftuch passte nicht zur Corporate Identity

In gleich zwei Rechtsstreitigkeiten wurde das Kopftuchverbot für muslimische Krankenschwestern in christlichen Krankenhäusern bestätigt.

Ein katholisches Krankenhaus in Dortmund und eine muslimische Pflegerin haben bei einem Gütetermin vor dem Arbeitsgericht die Beendigung des Arbeitsverhältnisses vereinbart. Die Krankenschwester bekommt zudem eine Abfindung. Die Klägerin, eine 36-jährige Muslima, war seit 15 Jahren für das Hospital tätig, vor einiger Zeit war sie mit Kopftuch bei der Arbeit erschienen. Kurz zuvor hatte das Bundesarbeitsgericht in einem ganz ähnlichen Fall zu Gunsten eines evangelischen Krankenhauses in Bochum entschieden. Das im Grundgesetz geschützte kirchliche Selbstbestimmungsrecht sei hier höher zu bewerten als die Religionsfreiheit der Krankenschwester.

„Wenn Sie an einem christlichen Krankenhaus arbeiten wollen, müssen Sie sich dessen Corporate Identity anpassen“, sagte der Direktor des Evangelischen Krankenhausverbandes, Norbert Groß.

Ver.di-Sekretär Oliver Kolberg kritisierte das Urteil. „Wir würden uns einen entspannten pragmatischen Umgang mit dem Thema Kopftuch im Krankenhaus wünschen,“ sagte Kolberg. „Es schadet nicht – auch abseits aller rechtlichen Möglichkeiten in einem Tendenzbetrieb – nach Lösungen zu suchen, die Belegschafts- und Arbeitgeberinteressen zusammenbringen.“ Entscheidend sei das Wohl der Patienten: „Die möchten gut und menschlich versorgt werden, ob Kopftuch, Tätowierung oder christliches Amulett am Hals, das fachliche Auftreten sollte im Vordergrund stehen.“

Quelle: Publikation „Forum Migration Dezember 2014“ ■

Einwanderung: Ein gutes Geschäft

Von wegen „Einwanderung in die Sozialkassen“: Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung hat in einer aktuellen Studie eine Erkenntnis bestätigt, die bereits in früheren Jahren durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung sowie das BAMF gewonnen wurde: Einwanderung rechnet sich. Jede/r Eingewanderte zahlte 2012 im Schnitt 3300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben, als er/sie an staatlichen Transferleistungen zurückerhielt.

In der Studie wird freilich auch deutlich, worum es der Migrationsökonomie geht: Die Einwanderer und Einwanderinnen sollen möglichst gut qualifiziert und gebildet sein. Je höher die Bildung, desto höher der Gewinn für die öffentlichen Kassen. Im Rahmen der Strategien zur Gewinnmaximierung und vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung sind in den letzten Jahren auch Flüchtlinge zunehmend in den Fokus gerückt, mit dem erfreulichen Ergebnis, dass die Beschränkungen auf dem Arbeitsmarkt für Asylsuchende zwar nicht aufgehoben, aber doch deutlich gelockert wurden.

Die ökonomischen Interessen der Bundesrepublik scheinen nicht ohne Einfluss auch auf das Asylanerkennungsverfahren zu sein: Die – gemessen an dem früheren Umgang mit Bürgerkriegsflüchtlingen etwa aus dem Irak oder Afghanistan – liberale Entscheidungspraxis gegenüber syrischen Flüchtlingen hat offensichtlich auch damit zu tun, dass ein sehr hoher Anteil dieser Flüchtlinge eine akademische Bildung genossen hat. Dagegen spiegelt der harte Kurs gegenüber Roma-Flüchtlingen vom Balkan das Interesse der Politik wider, diese überwiegend gering gebildeten Flüchtlinge möglichst schnell wieder loszuwerden.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 2.12.2014 ■

Medien sollen Flüchtlinge nicht nur als Opfer darstellen

Die Representation von Flüchtlingen in den Medien ist in den meisten Fällen mit negativen Bildern behaftet. Krieg, Verfolgung, Leid. Daher ist es umso wichtiger, über postive Erfolgsgeschichten von Flüchtlingen zu berichten, fordert die Soziologin Marion Lillig.

Die Soziologin Marion Lillig hat Journalisten aufgerufen, verstärkt über Erfolgsgeschichten von Flüchtlingen zu berichten. Medien könnten zeigen, was Flüchtlinge an Ideen, Fähigkeiten und Engagement in die Gesellschaft einbringen können, sagte die Migrationssoziologin am Mittwochabend bei einem Diskussionsabend im Grimme-Institut in Marl. Sie sprach sich dafür aus, Menschen, die wegen Krieg, Gewalt und Verfolgung ihre Heimat verlassen mussten, nicht nur als Opfer darzustellen. Sie seien vielmehr auch Nachbarn, Eltern, Familienmitglieder und Berufstätige, die ihr Leben aktiv gestalteten und eine Perspektive für die Zukunft hätten.

Schreckensbilder von Menschenmassen auf Booten und vor Stacheldrahtzäunen könnten statt Mitgefühl auch Abwehr, Angst und ein Gefühl von Bedrohung erzeugen, sagte Lillig. Die Soziologin betreut in einem Arbeitsmarkt-Integrationsprojekt im Kreis Recklinghausen rund 1000 Flüchtlinge und Bleibeberechtigte. Sie war sich mit dem WDR-Journalisten Norbert Hahn aber einig, dass drastische Fluchtbilder in den Medien nicht gänzlich wegfallen könnten. „Sonst denken wir, es gäbe sie nicht”, sagte Hahn. Dabei gehe es nicht um Sensationsheischerei. Ziel sei, dem Problem ein Gesicht zu geben, zum Beispiel durch persönliche Geschichten von Betroffenen, erklärte der Journalist.

Die Diskussionsveranstaltung war Teil des 14. Abrahamsfests in Marl, das die christlich-islamische Arbeitsgemeinschaft in Zusammenarbeit mit den Kirchen und Moscheen der Stadt, der Jüdischen Kultusgemeinde Kreis Recklinghausen und anderen Kooperationspartnern organisiert. (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 28.11.2014 ■

Mehr Geld für Kommunen ist noch kein Integrationskonzept

PRO ASYL begrüßt finanzielle Unterstützung bei der Flüchtlingsaufnahme: Bund muss Integrationsprogramme öffnen und rechtliche Hürden abbauen

Am Dienstagabend hat der Koalitionsausschuss im Kanzleramt eine finanzielle Unterstützung von Kommunen und Ländern bei der Flüchtlingsaufnahme beschlossen. Eine Summe ist jedoch bisher nicht bekannt. Klar ist jedoch: Finanzielle Hilfen alleine werden nicht reichen. Ziel muss es sein, Flüchtlingen möglichst zügig die Integration zu ermöglichen.

„Der Bund muss dringend seine Integrationsprogramme für Flüchtlinge öffnen und rechtliche Integrationshindernisse abbauen. Flüchtlingen muss es ermöglicht werden, möglichst schnell auf eigenen Füßen zu stehen, sie müssen die Sprache lernen können und dabei unterstützt werden, Arbeit zu finden. Dies können Kommunen nicht alleine leisten: Die Sprachkursprogramme des Bundes müssen endlich auch für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge geöffnet werden. Das XENOS-Sonderprogramm zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sollte verlängert und deutlich ausgebaut werden. Der Auszug aus Großunterkünften muss aktiv durch den Bund gefördert werden. Bundesregelungen, welche die Wohnsitznahme bei Verwandten und Bekannten und den Umzug zum Ort der Arbeit und Ausbildung behindern, müssen dringend abgeschafft werden. Finanzielle Hilfe bei der Unterbringung allein reicht nicht, wir müssen verhindern, dass zehntausende Menschen in Sammelunterkünften isoliert werden“, erklärt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. „Der Bund muss endlich ein Aufnahme- und Integrationskonzept entwickeln und die rechtliche Ausgrenzung von Flüchtlingen beenden.“

Quelle: Presseerklärung www.proasyl.de, 26.11.2014 ■

Abschiebungshaft in der JVA Büren

Heute hat das Innenministerium NRW die Katze aus dem Sack gelassen und verkündet, dass es in Büren wieder Abschiebungshaft geben wird. Dazu werden die Strafgefangenen verlegt und es wird ein Hafthaus mit mindestens 100 Plätzen (Gerüchte gehen auch von 150 Plätzen aus) eingerichtet. Die Leitung übernimmt das Innenministerium, das Justizministerium wird nicht mehr in Amtshilfe tätig sein. Aber: Das Personal bleibt das Alte, nur die Uniform wechselt. Es gibt einige bauliche Maßnahmen, so sollen z.B. die Gitter vor den Fenstern verschwinden. Wie auch immer die JVA dann heißen wird, in ihr sollen auch Menschen aus Niedersachsen untergebracht werden. Ein Abschiebungshaftvollzugsgesetz soll provisorisch im neunen Justizvollzugsgesetz des Landes untergebracht werden.

Es ist folgendes zu befürchten:

1. Ein Paradigmenwechsel zur Abschaffung oder Vermeidung von Haft wird es in NRW nicht geben. Die neue Haftanstalt ist bereits so abgestimmt, um in Zukunft wieder vermehrt Dublinfälle aufnehmen zu können. NRW war das Land der Abschiebungshaft und will es wohl auch bleiben.
2. Zwar wird es sicherlich einige Verbesserungen bei den Haftbedingungen geben, doch ein wahrer Paradigmenwechsel findet auch hier nicht statt. Dieses wird bereits durch die Beibehaltung des Gebäudes und des Personals deutlich. Es ist zu befürchten, dass der Oberbegriff der „Sicherheit und Ordnung“ auch in Zukunft viele grundsätzliche Bemühungen kaputt macht.
3. Bei grundlegenden Fragen wird es ein Kompetenzgerangel zwischen den Ländern Niedersachsen und NRW geben.
4. Ein funktionierendes Abschiebungshaftvollzugsgesetz wird es auf längere Zeit nicht geben. Für die Behörden in NRW bedeutet dieses traditionell, die möglichen Lücken gegen die Betroffenen einzusetzen.
5. Die JVA ist mit dem öffentlichen Nahverkehr nicht zu erreichen. Nun werden die Anfahrten für Angehörige noch weiter sein. Dieses führt zu weniger Besuche für die Betroffenen.

Quelle: AG-Abschiebungshaft@aksyl.info 26.11.2014 ■

Gute Bildung für alle!: Gesamtkonzept gefordert

Seit Langem weisen Sozialverbände und Gewerkschaften auf die unzureichende Bildungssituation für Migrantenkinder in Deutschland hin. Lange Wartezeiten und schlechte oder gar keine Förderung sind keine Seltenheit.

Die hohen Flüchtlingszahlen haben die Lage verschärft. Allein in Nordrhein-Westfalen haben sich die Zuweisungen von Zuwandererkindern an die Kommunen seit 2011 verdreifacht. Damals waren es 9532 Kinder, von Januar bis Oktober 2014 bereits 28 403.

Mit der Aktion „Wir wollen rein! Gute Bildung für alle!“ hat auf Initiative der GEW Hessen jetzt ein Bündnis auf das Problem aufmerksam gemacht. Vor dem Hessischen Kultusministerium in Wiesbaden versammelten sich Vertreter und Aktivisten der GEW, des Landesausländerbeirats, der Diakonie und der Kommunalen Ausländerinnen- und Ausländervertretung. Publikumswirksam rissen junge Flüchtlinge und Seiteneinsteiger – Kinder, die erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen sind – eine symbolische Mauer ab, die ihnen den Zugang zur Schule versperrte.

Die Protestierenden forderten ein Gesamtkonzept mit allen an der Integration der Schüler involvierten Bereiche, Ganztagsschulangebote mit individueller Förderung, kostenloser Verpflegung, Deutsch als Zweitsprache bzw. als Fremdsprache und Interkulturelles Lernen als feste Bestandteile der Lehrerausbildung und auskömmliche Jugendhilfeleistungen.

Zumindest was unbegleitete junge Flüchtlinge angeht, könnte sich die Lage bald ändern. „Gerade jene Kinder und Jugendlichen, die ohne Eltern und Verwandte haben fliehen müssen, bedürfen eines besonderen Schutzes“, sagte Familienministerin Manuela Schwesig (SPD). Sie will deshalb, dass diese Flüchtlinge künftig auf alle Bundesländer verteilt werden können. Pro Asyl warnte indes davor, nur auf die Verteilung der Kinder zu setzen. Dagegen spreche, dass sich in den letzten Jahren sehr gute Strukturen in einer ganzen Reihe von Kommunen etabliert haben, die den Bedarfen der Jugendlichen gerecht werden. Einen wesentlichen Anteil hieran haben die Fachkräfte in Einrichtungen und Jugendämtern. „Man kann besser Gelder verschieben als Menschen. Statt etablierte Strukturen nicht mehr zu nutzen, sollte man lieber einen finanziellen Ausgleichsmechanismus zwischen den Bundesländern schaffen“, sagte Marei Pelzer von Pro Asyl.

Forum Migration Dezember 2014 ■

Gegen „Racial Profiling“ bei Polizeikontrollen

Amnesty fordert Abschaffung von § 22 Absatz 1a Bundespolizeigesetz

BERLIN, 01.12.2014 – Um diskriminierende Personenkontrollen der Polizei zu verhindern, fordert Amnesty International die Abschaffung des § 22 Abs. 1a Bundespolizeigesetz sowie vergleichbarer Gesetze auf Länderebene, die Kontrollen ohne konkreten Verdacht erlauben. Solche Kontrollen sind diskriminierend, wenn sie nur an Kriterien wie der „Hautfarbe“ oder anderen physischen Merkmalen anknüpfen. „Die Polizei muss Menschen aktiv vor Rassismus schützen – diskriminierende Personenkontrollen bewirken das Gegenteil: Sie behandeln Menschen grundlos wie Täter, grenzen sie öffentlich aus und fördern zudem Vorurteile in der Gesellschaft“, sagt Maria Scharlau, Expertin für Polizei und Menschenrechte bei Amnesty International in Deutschland.

Der Absatz des Bundespolizeigesetzes erlaubt es der Bundespolizei ohne konkreten Anlass und Verdacht „zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise“ Menschen zu kontrollieren. „Diese Norm ist geradezu auf Kontrollen angelegt, die gegen das menschenrechtliche Diskriminierungsverbot verstoßen. Sie führt dazu, dass die Bundespolizei gezielt Menschen anspricht, die sie für Ausländer hält. Dadurch provoziert die Vorschrift geradezu, Personen nach rassistischen Kriterien zu kontrollieren. Es ist aber menschenrechtlich und grundgesetzlich verboten, Menschen nach Kriterien wie der „Hautfarbe“ für Kontrollen auszuwählen, wenn es keinen konkreten Verdacht gibt“, so Scharlau.

Das Koblenzer Verwaltungsgericht hat erst kürzlich geurteilt, dass derartige Kontrollen nach dem Bundespolizeigesetz nicht in innerdeutschen Zügen angewendet werden dürfen, weil auf diesen Strecken gar keine unerlaubte Einreise möglich ist. „Das ist eine positive Entwicklung. Besser wäre jedoch, diese Rechtsgrundlage ganz zu streichen“, sagt Scharlau.

„Wir fordern die Bundesregierung auf, die jüngsten Urteile zum Anlass zu nehmen, die Regelung des § 22 Abs. 1a abzuschaffen und sich grundsätzlich mit dem Problem diskriminierender Personenkontrollen auseinanderzusetzen. Bislang fehlt hier jede Handlungsbereitschaft, obwohl internationale Gremien wie der UN-Ausschuss zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung die Bundesregierung schon mehrfach zu einem aktiven Vorgehen gegen ‚Racial Profiling‘ aufgefordert haben.“ Amnesty International fordert seit langem unabhängige Untersuchungsmechanismen und eine unabhängige Beschwerdestelle für polizeiliches Fehlverhalten: „Dass mutmaßliche rassistische Kontrollen der Polizei bei der Polizei selbst zur Anzeige gebracht werden müssen, hält viele Betroffene davon ab, dagegen vorzugehen“, so Scharlau.

Quelle: AMNESTY INTERNATIONAL 2.12.2014 ■

Flucht ist kein Verbrechen – neues Gesetz stoppen!

Aufruf gegen die aktuell geplante massive Verschärfung der Asyl- und Aufenthaltsgesetze.

Das Gesetz wurde am 3.12.14 vom Kabinett beschlossen und soll Anfang 2015

vom Bundestag verabschiedet werden. Mehr Infos: http://migrationsgesetze.info

Ab Mittwoch, den 3.12.2014, rufen bundesweit antirassistische Gruppen und Initiativen zu Aktionen unter dem Motto: „Abolish! Rassistische Gesetze auf den Müll!“ auf. Anlass ist der am 03.12. beschlossene Kabinettsbeschluss zur Einführung eines Gesetzes „zur Neubestimmung eines Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Dieses Gesetzesvorhaben beinhaltet drastische Verschärfungen im Aufenthaltsrecht und hätte verheerende Konsequenzen für das Asyl- und Migrationsgeschehen in Deutschland.

Mit dem Gesetz sollen u.a. die Haftgründe für Flüchtlinge dramatisch erweitert werden. Außerdem forciert er wesentliche Verschärfungen im Ausweisungsrecht sowie eine folgenreiche Ausweitung von Einreise- und Aufenthaltsverboten. Die im Gesetzesentwurf enthaltene Bleiberechtsregelung würde so durch weitreichende Ausschlüsse im gleichen Gesetz ausgehebelt.

Als Teil einer ganzen Reihe von Gesetzesvorhaben der Großen Koalition zeichnet sich hier eine massive Verschlechterung der Situation von Asylsuchenden und Migrant_innen in Deutschland ab: Bereits im November trat ein Gesetz zur Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten in Kraft, im Bundesrat wurde am Freitag die unzureichende Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes beschlossen, ebenso wie eine Neufassung des Freizügigkeitsgesetzes. In beiden werden repressive Maßnahmen geschaffen, um Menschen unter Verdacht des „Missbrauchs von Sozialleistungen“ von selbigen auszuschließen, weiterhin sieht das Asylbewerberleistungsgesetz außerdem nur eine notdürftige Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge vor.

Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne wird deshalb bundesweit zu Aktionen und Protesten gegen die Gesetzesvorhaben der Großen Koalition aufgerufen. „Mal wieder zeigt sich: Die Verlier_innen der Großen Koalition sind die Flüchtlinge und Migrant_innen!“, kommentiert Bernd Kasparek von der Karawane München. „Wenn das Gesetz ‚Bleiberecht und Aufenthaltsbeendigung‘ auch nur einen Teil der vorgesehenen Schikanen aus dem Referentenentwurf beibehält, ist es ein Skandal. Durch die Ausweitung der Haftgründe würde eine bisher ungekannte Kriminalisierung von Flucht ermöglicht! Das wären ‚ungarische Verhältnisse’: fast jeder geflüchtete Mensch könnte inhaftiert werden!“

Kasparek ergänzt: „Die SPD als Teil der Großen Koalition ist direkt verantwortlich für diese Verstümmelung des Asylrechts! Zugeständnisse in manchen Bereichen der Asylpolitik dürfen nicht durch massive Verschlechterungen an anderer Stelle erkauft werden! Die Große Koalition betreibt einen Kuhhandel mit Menschenrechten, den wir nicht hinnehmen werden!“

Auch die Kampagne stopasylblg setzt sich für eine Abschaffung der einschränkenden Gesetzte ein.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bremen.de 03.12.2014 ■

Geld stinkt nicht!?

Niedersachsen und andere Bundesländer lassen sich die Zustimmung zu diskriminierenden Gesetzen abkaufen „Mit der heute abgeschlossene Vereinbarung haben die Ländern das Menschenrecht der Flüchtlinge auf gesundheitliche Gleichbehandlung gegen kurzfristig bemessene Finanzzusagen des Bundes verkauft“, bedauert Kai Weber, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Niedersachsen. Dass Niedersachsen dieses Spiel mitmache, sei enttäuschend.

Auf die Ablehnung der Novellen zum Asylbewerberleistungsgesetz und zum Freizügigkeitsgesetz durch die rot-grün bzw. links mitregierten Bundesländer im Bundesrat hatten Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen gehofft. Nach Verlauten haben heute die Länder BW, HE, RLP, SH und leider auch Nds ihre Zustimmung zu beiden Gesetzen zugesagt. HB hat immerhin die Zustimmung zum Freizügigkeitsgesetz verweigert. Die vom Bund bei diesem Kuhhandel gemachte Finanzusage von 1 Milliarde Euro für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen gilt für den Zeitraum 2015 bis 2016.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bremen.de

„Die vereinbarten Gesetzesverschärfungen werden hingegen über viele Jahre ihre diskriminierenden Wirkungen im Leben von Asylsuchenden und MigrantInnen entfalten.“ erklärt Kai Weber.

Die AsylblG-Novelle pfeift weitgehend auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 2012. Auch künftig soll gelten, dass an unbefristeten Leistungseinschränkungen und Sanktionen, entwürdigenden Sachleistungen und einer ggf. lebensgefährlichen Minimalmedizin festgehalten wird. Dies stellt einen verfassungswidrigen Eingriff in das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum dar. Der Entwurf der Änderung zum Freizügigkeitsgesetz soll mit den Instrumenten von Wiedereinreisesperren und Kurzbefristungen des Aufenthalts zur Arbeitssuche den europäischen Gedanken eines Raums der Freiheit und des Rechts auch für grenzüberschreitend Arbeit und Zukunft Suchende konterkarieren.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 28.11.2914 ■

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Menschenwürdige Gesundheitsversorgung und Existenzminimum für Flüchtlinge sichern

Am Freitag, 28. November 2014 stimmt der Bundesrat über die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) ab. Der Flüchtlingsrat Berlin und PRO ASYL fordern die Länder auf, die Gesetzesnovelle abzulehnen. Das Gesetz hält an verfassungswidrigen Kürzungen beim Existenzminimum, diskriminierenden Sachleistungen und einer lebensgefährlichen Minimalmedizin fest. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft, die Leistungsberechtigen müssen in die regulären Sozialsysteme einbezogen werden.

Die Bundesländer und Fachausschüsse des Bundesrates hatten erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen die AsylbLG-Novelle geäußert. PRO ASYL und der Flüchtlingsrat Berlin fordern dazu auf, an den Bedenken festzuhalten, auch wenn den Ländern zuletzt großzügige finanzielle Offerten einer Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterbringung von Flüchtlingen gemacht wurden.

Die Novellierung des AsylbLG ist seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012 zum menschenwürdigen Existenzminimum für Flüchtlinge nach dem AsylbLG überfällig. Doch das jetzt vorgelegte Gesetz lehnen PRO ASYL und der Flüchtlingsrat entschieden ab:

Verfassungswidrige Kürzungen am Existenzminimum

Das BVerfG hat im Urteil zum AsylbLG klargestellt: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

Das nach Artikel 1 und 20 Grundgesetz zu gewährleistende menschenwürdige Existenzminimum stehe Deutschen und Ausländern gleichermaßen zu. Die Höhe der Bedarfssätze sei in einem nachvollziehbaren Verfahren betragsmäßig zu ermitteln und vom Gesetzgeber festzusetzen. Das Existenzminimum dürfe dabei nicht zum Zweck der Abschreckung gekürzt werden.

Doch genau dies sieht der Gesetzentwurf vor. Ohne Begründung werden Mehrbedarfe etwa wegen Schwangerschaft verweigert. Flüchtlinge, denen vorgeworfen wird, zum Zweck des Leistungsbezugs eingereist zu sein oder nicht ausreichend an ihrer eigenen Abschiebung mitzuwirken, sollen dauerhaft gekürzte Leistungen erhalten. Dabei überlässt das Gesetz die Höhe der Kürzung der Willkür der örtlichen Sozialämter.

Lebensgefährliche Minimalmedizin

Die Praxis der medizinischen Versorgung nach AsylbLG ist von Willkür und Verschleppung notwendiger Krankenbehandlungen geprägt – teils mit lebensbedrohlichen, manchmal auch tödlichen Folgen. Ärztetag und Ärztekammer fordern ebenso wie Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsräte, Kirchen und PRO ASYL die Einbeziehung Asylsuchender in die Gesetzliche Krankenversicherung. Initiativen, die medizinische Hilfen für nicht versicherte Flüchtlinge vermitteln, haben jetzt eine Kampagne zur Abschaffung des AsylbLG gestartet.

Nach dem Gesetzentwurf sollen medizinische Leistungen wie bisher von den Sozialämtern erbracht werden. Anspruch besteht nur bei „akuter“ oder „schmerzhafter“ Erkrankung, die Versorgung bei chronischen Erkrankungen und Behinderungen liegt im behördlichen Ermessen. In der Praxis werden Krankheiten verschleppt und Bürokratiekosten erzeugt, wenn mancherorts erst eine amtsärztliche Untersuchung erfolgen muss, bevor ein Facharzt aufgesucht werden darf. In Berlin werden unaufschiebbare Operationen, zwingend notwendige Anschlussbehandlungen nach Operationen sowie unabweisbare Hilfsmittel für Behinderte unter Hinweis auf amtsärztliche Prüfverfahren über viele Monate verweigert. Menschenrechte werden verletzt, Bürokratie- und Gesundheitskosten erhöht.

Diskriminierende Sachleistungen

Die AsylbLG-Novelle hält an der zur Abschreckung eingeführten Möglichkeit der Sachleistungsversorgung fest, wobei Höhe und Zusammensetzung der Sachleistungen statt vom Gesetzgeber willkürlich von den örtlichen Behörden festgelegt werden. In der Praxis führt dies regelmäßig zu gravierenden Leistungskürzungen und Bedarfsdeckungslücken. Den Menschen wird vorgeschrieben, was sie essen, womit sie sich kleiden und wie sie zu wohnen haben.

Georg Classen, Sozialrechtsexperte des Flüchtlingsrats Berlin: „Mit dem Gesetzentwurf zum AsylbLG schreibt die Bundesregierung den Verfassungsbruch fort. Das Grund- und Menschenrecht auf Gesundheit und ein menschenwürdiges Existenzminimum wird durch das novellierte AsylbLG bewusst verletzt. Es gibt nur einen richtigen Weg, nämlich die Abschaffung des diskriminierenden AsylbLG. Wir fordern den Berliner Senat auf, der AsylbLG-Novelle am Freitag im Bundesrat nicht zuzustimmen, und sich stattdessen für die Einbeziehung Asylsuchender in die Gesetzliche Krankenversicherung und die regulären Existenzsicherungssysteme nach dem Sozialgesetzbuch einzusetzen.“

Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung von PRO ASYL und Flüchtlingsrat Berlin vom 27.11.2014 ■

Ökologische Entsorgung von Grundrechten geht weiter

Der zweite grüne Asylkompromiss

Wurde das Asylrecht für Roma noch für einen „Appel und ein Ei“ verhökert, kostete die jüngste Verschacherung der Menschenwürde von Asylsuchenden den Bund immerhin ein paar Hundert Millionen Euro – Ulla Jelpke kommentiert:

Beim Verscherbeln von Grundrechten kommen Die Grünen langsam in Fahrt: Wurde das Asylrecht für Roma vom Westbalkan durch Zustimmung des grünen Ministerpräsidenten Kretschmann zum Gesetz sicherer Herkunftsstaaten noch für einen „Appel und ein Ei” verhökert (Volker Beck, Grüne), so mussten es bei der Verschacherung der Menschenwürde von Asylsuchenden und Geduldeten durch Zustimmung zum verfassungswidrigen Asylbewerberleistungsgesetz doch ein paar Hundert Millionen Euro sein.

Allerdings: Während beim Kretschmann-Deal gute gegen schlechte Flüchtlinge ausgespielt wurden, was immerhin einige Verbesserungen für Erstere zur Folge hatte (Lockerung des Arbeitsverbots, der Residenzpflicht und des Sachleistungsprinzips), so hatten die Flüchtlinge vom jüngsten grünen Deal im Bundesrat rein gar nichts. Denn es ging ausschließlich darum, die Kommunen mit mehr Geld für die Unterbringung von Asylsuchenden auszustatten, bessere Standards bei der Unterbringung waren beispielsweise kein Thema. Dennoch behaupteten die Grünen auf ihrer homepage, sie hätten „Verbesserungen für Flüchtlinge” erstritten, weil Flüchtlinge „in Zukunft” eine Gesundheitskarte bekommen könnten.

Eine glatte Lüge, wie der Berliner Flüchtlingsrat kritisierte: Bereits jetzt ist es Bundesländern möglich, die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge mithilfe einer Gesundheitskarte abzuwickeln, wie es Bremen und Hamburg seit Jahren praktizieren. Und auch in Zukunft soll es den einzelnen Bundesländern frei stehen, am bisherigen System der gesundheitlichen Mangelversorgung festzuhalten. Was also, bitte schön, wurde erstritten? Und warum ließen sich die Grünen so bereitwillig über den Tisch des Bundesrates ziehen? Spätestens beim Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt am 11. Dezember hätte der Bund den Kommunen erhebliche finanzielle Zugeständnisse machen müssen – und diese waren auch schon angekündigt.

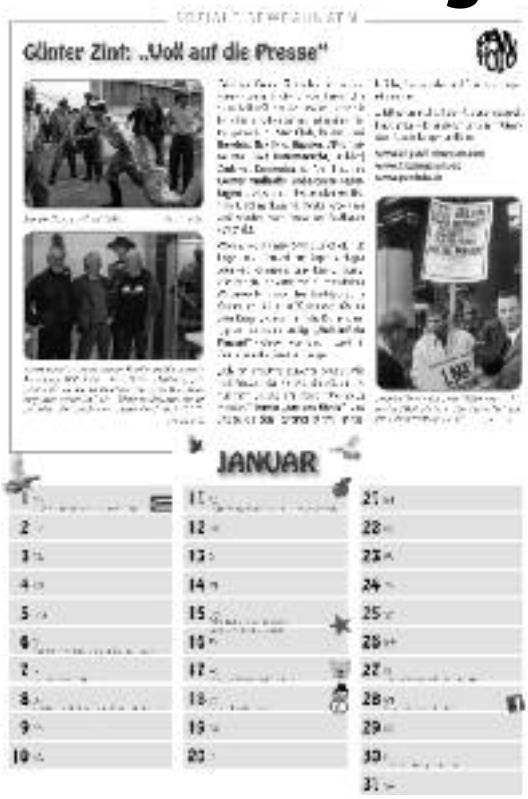
Ohne jeden realpolitischen Gewinn stimmten die Grünen also einem ersichtlich verfassungswidrigen Gesetz zu – dieses Mal geschlossen, und nicht nur der Buh- bzw. Kretschmann. Die Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes auf Menschen mit einem humanitären Aufenthaltstitel ist ebenso offenkundig ein Verstoß gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte 2012 wie die weiterhin bestehende Möglichkeit der massiven Einschränkung des menschenwürdigen Existenzminimums zu migrationspolitischen Zwecken.

Ohne Aufpreis stimmten die Grünen auch noch den Verschärfungen des Freizügigkeitsgesetzes zu, die sie– völlig zu Recht – im Bundestag im Einklang mit der LINKEN energisch bekämpft hatte. Kaum war das Gesetz verabschiedet, forderte der innenpolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, die EU-Kommission auf, deshalb gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Da haben die GRÜNEN von der SPD „gelernt”: Diese hatten im Jahr 2007 der Einführung der Regelung der Sprachnachweise im Ausland zugestimmt und noch im Bundestag erklärt, sie hofften, dass das Bundesverfassungsgericht die Regelung wieder kippen würde. Bis heute ist diese menschenquälende Schikane in Kraft.

Hoffen wir, dass es mit der Wiederherstellung des Asylrechts schneller geht: das Verwaltungsgericht Münster hat bereits in Aussicht gestellt, den ersten grünen Asylkompromiss zu den sicheren Herkunftsstaaten dem Bundesverfassungsgericht zur Kontrolle vorzulegen. Es bestünden Zweifel an der Sorgfalt des Verfahrens zur Einstufung der Westbalkanländer als generell sicher. In der Tat: Auf die Lage in Serbien hatte bei der Verabschiedung des Gesetzes kaum jemand genauer hingeschaut, es ging von Beginn an um ein politisches Geschacher und um die Vollstreckung des im Koalitionsvertrag festgelegten Ziels. Dass die Grünen sich auf dieses Politikniveau begeben haben, ist traurig. Dass sie dies aber auch noch feiern und als Erfolg für die Flüchtlinge hinzustellen versuchen, schäbig.

Quelle: http://www.migazin.de – Ulla Jelpke (innenpolitische Sprecherin der Linkspartei im Bundestag) 2.12.2014 ■

Zum 6. Mal erscheint der „Kalender-soziale-Bewegungen“ für 2015



„Der Kalender dokumentiert soziale Kämpfe gegen Krieg, Nazis, Ausbeutung, für saubere Umwelt und gemeinsamen Spaß“, erklären die MacherInnen von Geschichtswerkstatt, radioflora.de, antifa-SFA und DGB-KulturAK. Da geht’s von der Eziden-Demo, Aktion „Pflege am Boden“ und Bauchtanz über Klinik-Streik, Protest gegen Ludendorffer bis zum Gorleben-Archiv und der Bürgerinitiative, die den größten Truppenübungsplatz zivilisieren und aus dem Dorf Ostenholz ein Friedensdorf machen will. Bad Nenndorf’s Frauen zeigen sich stark gegen Nazis und Kriminalisierung, während dem Celler Trialog entgegen gehalten wird: „Banken, Bonzen und Konzerne sehen Kriegseinsätze gerne“. Auch die erfolgreiche Kampagne gegen Ritterkreuzträger und die Liquidierung politischer Bildung in Steinkimmen werden präsentiert.

Günter Zint, Fotograf bekannter Bilder von Brokdorf und Wallraffs Reportagen zeigt den Weg vom Panzermuseum Munster zum Spielezentrum Drübberholz. Aerosolkünstler dilli Dillmann geht bunt gegen „Blackrock“ vor und der DGB-Chor solidarisiert sich mit dem von Nazi-Bombern zerstörten Gernika.

Das Kalendarium zeigt sich der Zukunft zugewandt und weiß genau wann sich die FDP auflöst und wann der letzte Kapitalist in die Südsee flüchtet.

Der Kalender ist in vielen Buch- und Ökoläden sowie Gewerkschaftsbüros zwischen Hannover, Bremen und Hamburg für ganze 12 Euro zu haben.

Der Kalender ist anzusehen bei: antifa.sfa.over-blog.com und zu bestellen bei: social-pressx@yahoo.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Neue Hoffnung auf HoGeSa, Pediga und andere islamophobe Kräfte

Junge Freiheit Nr. 45/14 vom 31.10.2014
und Nr. 48/14 vom 21.11.2014

Mit gemischten Gefühlen, aber durchaus interessiert beobachtet und kommentiert das Blatt die HoGeSa-Demonstrationen in Köln und Hannover. Nach der Kölner Demonstration, die wegen ihrer Gewalttätigkeit bundesweite Beachtung fand, kommentiert das Blatt: „Anders als islamistische Kleinparteien oder Organisationen hat eine Bewegung wie ‚HoGeSa' durchaus Bürgerkriegspotential. Dass einheimische Weiße sich auch handgreiflich gegen die geistige Enteignung ihres Landes durch Islamisierung und Multikulturalismus wehren könnten, hatte die politisch-mediale Klasse … bisher nicht auf der Rechnung. Es wird sich weisen, ob die Kölner Großkundgebung Auftakt zur Etablierung einer anwachsenden Protestbewegung war … oder Strohfeuer bleibt." Die Brutalität der Kölner Demonstration als „handgreiflich" zu beschreiben, ist mehr als Verniedlichung. In derselben Ausgabe berichtet ein anderer Autor unter dem Motto, die Gewalttätigkeit verschrecke die Bürger und schade dem Anliegen. Aber dem Blatt ist ein Bürgerkriegspotential gegen alles, was nicht national ist, allemal lieber als eine offene und freie Gesellschaft.

Neben den Hooligans gegen Salafisten etabliert sich in Dresden die montägliche Demonstration der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pediga), die das Blatt wegen der antiislamischen Ausrichtung ebenfalls freudig begrüßt. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund beträgt in Sachsen 2,2%, davon sind mehr als ein Drittel EU-Bürger, die nächstgroßen Gruppen sind Vietnamesen und Russen – von islamischer Gefahr in Dresden zu sprechen, ist also mehr als Vorwand für das Anliegen Patriotismus zu verstehen, der sich dann auch munter gegen Flüchtlinge, Homosexuelle und anderes wendet, das nicht ins rechtskonservative Weltbild passt.

Anhaltende Auseinandersetzungen in der AfD

Junge Freiheit Nr. 46, 47, 49/2014
vom 7., 14., 28.11.2014

Angeblich habe die AfD kurz vor der Spaltung gestanden, berichtet das Blatt. Die Auseinandersetzung zwischen dem nationalistisch-liberalen Flügel um Olaf Henkel und Christian Lucke und dem Flügel um den brandenburgischen Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland, der einen „deutlich konservativen Kurs" verfolge, gehe um die Frage, entsteht hier eine „wirtschaftspolitisch orientierte Partei", die das Erbe der FDP antreten möchte? Oder, wie es Gauland formuliert: „Ich will keine erneuerte CDU oder FDP, sondern ich möchte auch Mitglieder mitnehmen, die bisher von den Medien ausgegrenzt werden."

Auf der Vorstandssitzung am Wochenende 7./8./9. November verständigte sich der Bundesvorstand der AfD dann auf Positionen, die sowohl Raum für die neoliberalen Kräfte um Olaf Henkel lassen, die aber vor allem den Weg für eine rechtspopulistische Politik eröffnen. Nach einem Bericht des Blattes beschloss der Vorstand, bis zur Bundestagswahl 2017 Positionen zu den Themen Islamismus, Asyl, innere Sicherheit, TTIP, Bankenunion, Demokratie, Außenpolitik sowie Familien- und Rentenpolitik Konzepte zu entwickeln. Auf der Vorstandssitzung sei beschlossen worden, „nicht länger zu tolerieren, wie in Deutschland in Teilen der islamischen Gesellschaft das Grundgesetz und das Rechtssystem missachtet wird", außerdem fordere der Vorstand, „eine Renationalisierung des Asylverfahrens sowie eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber".

Allerdings ist die Auseinandersetzung nicht abgeschlossen. Parteisprecher Christian Lucke sei inzwischen hoch umstritten, auch weil er öffentlich Kritik an AfD-Mitgliedern äußerte, die an den HoGeSa-Demonstrationen teilgenommen haben. Über die Teilnahme an den Pediga-Demonstrationen in Dresden gibt es Streit. Ein Teil des AfD-Vorstandes fürchtet – so scheint es – durch die Unterstützung von rechtspopulistischen Aktivitäten in extrem rechte Abseits gestellt zu werden. Die Auseinandersetzung geht soweit, dass Chefredakteur Dieter Stein fürchtet, die AfD fahre „mit Vollgas gegen die Wand": „Die AfD ist als Partei des ‚gesunden Menschenverstandes' gestartet. Im Moment entwickelt sie sich zur ‚Partei der Unvernunft' und des Chaos … Es ist für Außenstehende nicht mehr nachzuvollziehen, weshalb so schnell Disziplinlosigkeit, Misstrauen und Selbstüberschätzung überhand nehmen konnten. Es wird sich jetzt zeigen, ob sich diese aus Liberalen und Konservativen vereinigte Kraft als politikfähig erweist oder nicht. Scheitert die AfD an dieser Herausforderung, dann scheitert nicht nur einfach eine Partei – es wird auch für Jahrzehnte die mutmaßlich letzte Chance gewesen sein, eine ernstzunehmende bürgerliche Alternative … durchzusetzen."

Uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich … Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370